

Mittelstands Magazin

www.mit-magazin.de

G 1480

10

2016

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

CDU QUO VADIS?

Nach den Niederlagen
in Schwerin und Berlin

STEUERREFORM

Leistungsträger
entlasten

MITTELSTANDSPREIS

Preisträger
Wolfgang Schäuble

Schreckgespenst Minuszinsen

Das Tabu ist gebrochen

Negativ-
zinsen!



Innovation
that excites

NISSAN QASHQAI VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **48 Monate**

Gesamtleistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

AB € 220,-¹ (NETTO)
inkl. Technikerservice²



ÜBERHOLT IHRE VORSTELLUNG VON UNTERHALT UND EFFIZIENZ. DER NISSAN QASHQAI.

Dürfen wir vorstellen? Der NISSAN QASHQAI – der vielleicht effizienteste Mitarbeiter in Ihrem Team! Mit der günstigen Leasingrate und mit schlanken 3,8 l auf 100 km einem der geringsten Kraftstoff-Normverbräuche³ seiner Klasse lässt er hohe Unterhaltskosten hinter sich und überzeugt mit komfortablem Fahrverhalten auf jeder Dienstfahrt.

Mehr auf nissan-fleet.de

NISSAN QASHQAI VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS): Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts 4,2, außerorts 3,6, kombiniert 3,8; CO₂-Emissionen (g/km): kombiniert 99,0; Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 48 Monaten bis 60.000 Kilometer netto (zzgl. gesetzlicher MwSt.). Nur bei teilnehmenden NISSAN Händlern, zzgl. Überführung und Zulassung. Gültig für alle bis zum 31.12.2016 abgeschlossenen Leasingverträge für den NISSAN QASHQAI VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS). Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. Ein Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. ²Der Technikerservice beinhaltet Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. Ein Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein, solange der Vorrat reicht. ³Kombinierter Normverbrauch beim 1.5 l dCi Dieselmotor. Angabe nur gültig bei vergleichbaren Verbrennungsmotoren. Stand 1. April 2015. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.

Die Sorgen der „Generation Mitte“

Den Deutschen geht es gut, doch die Stimmung ist mies. Mit diesem Befund sorgte kürzlich das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) für Aufsehen im politischen Berlin. Befragt wurde die „Generation Mitte“ – also die mehr als 35 Millionen 30- bis 59-Jährigen in Deutschland, die mit beiden Beinen im Berufsleben stehen, ihre Kinder erziehen und am Ende des Tages die sozialen Sicherungssysteme finanzieren. Diese Mitte stellt laut Allensbacher Institut 70 Prozent der Erwerbstätigen dar. Diese Mitte erwirtschaftet 82 Prozent aller steuerpflichtigen Einkünfte. Es handelt sich bei ihnen also um genau jene bürgerliche Mitte, die wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in den Blick nehmen: die Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Zufrieden, aber voller Sorgen

Der Umfrage zufolge zeigt sich eine Mehrheit im Land außerordentlich zufrieden mit ihrer persönlichen Lage. Drei Viertel bezeichnen ihre Lebensqualität als gut oder sehr gut. In krassem Kontrast dazu steht der Blick auf die Zukunft. Innerhalb eines Jahres drehte sich die überwiegend positive Stimmung ins Negative. Kritisch ist vor allem der Blick auf die hohe Flüchtlingszuwanderung. Eine deutliche Mehrheit schätzt die Integrationschancen der Flüchtlinge als weniger oder gar nicht gut ein und betont viel stärker die Risiken von Zuwanderung. Mit Sorge nimmt die Mitte zudem die Unterschiede zwischen Arm und Reich wahr. Nur eine Minderheit glaubt, dass jeder von seiner Arbeit auch leben könne. Zwei persönliche Sorgen haben in der Vergangenheit besonders zugenommen: die Angst vor Kriminalität und die Sorge, im Alter allzu große Abstriche machen zu müssen.

Politik muss Antworten auf Sorgen finden

Die Umfrage erschien passenderweise kurz nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Das wie schon zu den Landtagswahlen im März katastrophale CDU-Wahlergebnis (19 Prozent) spiegelt die Unzufriedenheit vieler Bürger über die große Politik wieder. Dass einige Unionspolitiker das Debakel mit dem Hinweis wegzuwischen versuchten, das bisher Erreichte hätte man der

Bevölkerung nur besser kommunizieren müssen, ist nur die halbe Wahrheit. Die andere ist, dass sich viele Bürger nicht mehr von der Politik vertreten fühlen, weil sie vor Ort eine andere Lebenswirklichkeit wahrnehmen.



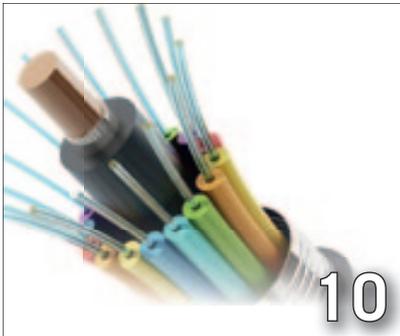
Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Keine Frage: Der deutsche Staat und die Parteien stecken in einer tiefen Vertrauenskrise. Und es wird schwer werden, dieses verloren gegangene Vertrauen wiederherzustellen. Das gilt erst recht für die Union, die in der Vergangenheit immer auch ein Garant für die innere Sicherheit war. Wir müssen jetzt die Probleme, die die Flüchtlingskrise mit sich gebracht hat, offen benennen. Wir brauchen jetzt den Mut, in neuen Bahnen zu denken und Lösungsansätze zu präsentieren, die sich nicht an möglichen Kompromissen orientieren. Vielmehr muss die Union deutlich machen, wofür sie selbst steht und wofür nicht. Auch die MIT sieht sich hier in der Verantwortung.

Beispiel Steuerpolitik: Wir werben massiv für eine Steuerreform, die die Leistungsträger im Fokus hat. Eine INSA-Umfrage im Auftrag der MIT zeigt: Die große Mehrheit unterstützt unseren Vorschlag, ein Drittel der Steuereinnahmen für Steuersenkungen zu verwenden. Für die meisten von ihnen ist das sogar wahlentscheidend. Aber die Umfrage zeigt auch: Das Thema Steuerreform ist – leider – nicht mehr selbstverständlich bei der Union verortet. Deshalb sind wir als MIT Antreiber. So wie bei der Flexi-Rente: Nach zwei Jahren intensiver Debatte ist diese MIT-Forderung vom Bundeskabinett beschlossen worden. Ein Erfolg für die MIT und für die Union.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann



POLITIK

- 3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur aktuellen Politik
- 6 **Aus anderer Sicht**
Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg zu den Chancen der AfD nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern
- 8 **CDU quo vadis?**
Die CDU im Zustimmungstief
- 10 **Schnelles Internet für den Mittelstand**
- 12 **Die Zeit für eine Steuerreform ist reif**
- 16 **Schreckgespenst Minuszinsen**
- 18 **Doppelte Staatsbürgerschaft: Pro & Contra**

SERVICE

- 20 **Aktuelle Urteile**
 - 21 **Auto-Fahrberichte**
 - 23 **EU-Check**
-
- ### MIT-/ MU-INSIDE
- 24 **Mittelstandspreis 2016**
 - 26 **Kreisvorsitzendenkonferenz**
 - 28 **MU-Sommerfest**
 - 30 **MIT:BASIS aktuell**
 - 33 **Neues aus der Bundesgeschäftsstelle**
 - 34 **Auf den Punkt gebracht**
Magazin-Chefredakteur Günter F. Kohl fragt „Wie lange noch ...?“
 - 34 **Impressum**

ADVERTORIAL

ZEIT, GELD UND NERVEN SPAREN: GESCHÄFTSREISEN MIT DEM MARKTFÜHRER FÜR DEN MITTELSTAND LUFTHANSA CITY CENTER

Mittelständische Unternehmen benötigen spezielles Know-how für Dienstreisen. Die Buchung von Anreise und Hotels, die Berücksichtigung von Einreisebestimmungen sowie Umbuchungen rauben so manch einer Sekretärin oder Fachabteilung viel Zeit. Immer mehr Mittelständler geben die Reiseplanung daher an Reisebüros ab. Eine richtige Entscheidung, sagt Klaus Henschel, Geschäftsführer der Lufthansa City Center (LCC). Denn wer Geschäftsreisen in professionelle Hände abgibt, spart Geld – und Nerven.

Mittelständler scheuen sich oft, Reiseplanung und damit sensible Daten in fremde Hände abzugeben ...

Henschel: ... als inhabergeführtes Netzwerk mit 300 Partnern in Deutschland ist LCC nicht so fremd. Unsere regionale Verwurzelung und persönliche Betreuung schaffen Vertrauen. Ferner sind wir selbst Mittelständler und sprechen auf Augenhöhe mit Kunden.

Was meinen Sie mit persönlicher Betreuung?

Henschel: Es gibt bei LCC keine Call-Center-Anonymität, sondern eine ausgeprägte individuelle Serviceorientierung. Natürlich sind unsere Dienstleistungen trotzdem online abrufbar, wenn Kunden diesen Weg bevorzugen.

Worauf baut der Erfolg von LCC noch?

Henschel: Wir sind in Deutschland verwurzelt, zugleich aber in 80 Ländern präsent. So können wir für ein Geschäftsessen sogar ein passendes Restaurant in Shanghai empfehlen. Darüber hinaus setzen wir auf strikte Prozessoptimierung und leistungsstarke Systeme. Kurz: Wir sind Kümmerer mit kompetentem Personal, moderner Technik und reibungslosen Prozessen.



MARKTFÜHRER FÜR
DEN MITTELSTAND

Im Herbst wird geerntet. Volkswagen für Selbstständige.



Top-Leasingrate
ab monatlich
221,- €^{1,2,3}

Golf ALLSTAR 1.2 TSI 81kW (110 PS)

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: innerorts 6,2–5,9, außerorts 4,4–4,2, kombiniert 5,0–4,9, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 116–112. GeschäftsfahrzeugLeasingrate mtl. 201,00 €², Wartung & Verschleiß-Aktion mtl. 20,00 €³, Gesamtleasingrate inkl. Wartung & Verschleiß-Aktion mtl. 221,00 €^{1,2,3}, Preisvorteil 2.400,00 €¹, Laufzeit 36 Monate, Laufleistung pro Jahr 20.000 km.

Professional Class Volkswagen für Selbstständige



Volkswagen

¹ Preisvorteil bei Bestellung eines aktuellen Golf ALLSTAR über das Programm „Professional Class – Volkswagen für Selbstständige“ bis zum 31.10.2016, nur bei teilnehmenden Volkswagen Partnern. Erhältlich bei nahezu jeder Neuwagenbestellung. Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. ² Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig, für gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden für ausgewählte Modelle. Bonität vorausgesetzt. Bei der Berechnung der Top-Leasingrate wurden der jeweilige modellabhängige exklusive Preisvorteil¹ und die Wartung & Verschleiß-Aktion³ mit dem jeweiligen modellabhängigen Betrag berücksichtigt. ³ Optionale Wartung & Verschleiß-Aktion, nur in Verbindung mit GeschäftsfahrzeugLeasing der Volkswagen Leasing GmbH. Alle Werte zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.

Meine Branche: speziell.

Meine kaufmännischen Prozesse:

individuell.

Mit Software von DATEV.



Wenn es um Ihre Branche geht, dann sind Sie Experte. Auch für Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung oder für die Finanzbuchführung gibt es ausgewiesene Spezialisten: Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV gestalten individuelle Unternehmensprozesse einfach und zuverlässig.

Mehr Infos unter 0800 100 1116
oder auf www.datev.de/meinebranche



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

Die AfD wird nicht so schnell wieder verschwinden wie die Piraten

Von *Hugo Müller-Vogg*

Nach dem katastrophalen Abschneiden der CDU in Mecklenburg-Vorpommern schrieben die Medien unisono von einer Niederlage im „Stammland Angela Merks“. Stammland? Die Kanzlerin hat zwar ihren Bundestagswahlkreis in „MeckPomm“, ansonsten aber keine allzu enge Beziehung. Den Wahlkreis Stralsund hatte sie sich 1990 ausgesucht, weil sie dort eine Chance hatte. 1991 bewarb sie sich dann erfolglos um den CDU-Vorsitz in Brandenburg. So viel zur Stammland-These.

Mit 19,0 Prozent hat die CDU jetzt das drittschlechteste Landesergebnis seit 1990 erzielt. Nur in Hamburg (2015: 15,9) und Brandenburg (1994: 18,7) lief es noch schlechter. Dieses aktuelle Desaster hat sehr viel mit der Kanzlerin, genauer: mit ihrer Flüchtlingspolitik zu tun. Denn die ist längst nicht mehr so populär, wie sie im September 2015 im medial entfachten „Willkommensrausch“ war. Die Bürger haben bemerkt, dass die große Zahl der Neuankommlinge weder unsere demografischen Defizite noch unseren Fachkräftemangel löst. Auch hat sich herumgesprochen, dass sich die Integration dieser Menschen aus ganz anderen Kulturkreisen nicht so nebenbei „schaffen“ lässt; von den hohen Kosten ganz zu schweigen.

Die Bundeskanzlerin hat an jenem 4. September 2015 die Grenzen zwar im Alleingang geöffnet. Dabei haben ihr aber SPD, Grüne und Linke lautstark applaudiert. Es gehört deshalb schon ein hohes Maß an Unaufrichtigkeit dazu, wenn ein Jahr später Sigmar Gabriel und Erwin Sellering so tun, als hätten die Sozial-

demokraten damals vor der Politik der offenen Tür gewarnt.

Gleichwohl: Der Jubel, den die Kanzlerin damals eingeheimst hat, fällt nun in Form großer Empörung auf sie zurück. Nutznießer ist allein die AfD, die mit einem Gebräu aus konservativen, populistischen, völkischen und ausländerfeindlichen Parolen den Wutbürgern von ganz rechts bis ganz links ein politisches Angebot macht. Dieses wiederum trifft auf so große Nachfrage, dass die AfD die erfolgreichste Neugründung aller Zeiten ist. Einzug in zehn Landtage innerhalb von zwei Jahren, das hat noch keine andere neue Partei geschafft.

Die AfD hat Unzufriedene und Enttäuschte aus allen Lagern für sich gewinnen können, keineswegs nur von der CDU. Sie hat auch Nichtwähler mobilisiert, von denen mancher früher die Union gewählt haben dürfte. Denn neben ihrer Anti-Europa und Anti-USA-Haltung sowie ihrem völkischen Geschwafel hat die AfD gerade in der Familien- und Steuerpolitik auch „alte“ CDU-Positionen übernommen.

Hätte die CDU das Aufkommen der AfD verhindern können, wenn sie ihr „konservatives Tafelsilber“ besser poliert hätte? Das ist weder zu

beweisen noch zu widerlegen. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, dass die CDU mit ihrer Strategie, die neue Konkurrenz von rechts durch Totschweigen zu eliminieren, gescheitert ist. Der Satz von Generalsekretär Peter Tauber, dass die AfD „den Weg der Piraten“ gehen werde, war sehr falsch – und sehr falsch.



Foto: Chapman

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor
www.hugo-mueller-vogg.de
Auf Twitter folgen:
@HugoMuellerVogg

Audi Business

Wer jeden Tag alles gibt, sollte auch alles bekommen.



Profitieren Sie als Businesskunde* von attraktiven Sonderkonditionen und individuellen Service-Dienstleistungen. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Audi Partner oder unter [audi.de/businesskunden](https://www.audi.de/businesskunden)

*Gültig für Gewerbetreibende, selbstständige Freiberufler, selbstständige Land- und Forstwirte oder in einer Genossenschaft Aktive. Ausgeschlossen sind Abnehmer mit einem gültigen Konzerngroßkundenvertrag bzw. Abnehmer, die in einem gültigen Großkundenvertrag bestellberechtigt sind.

Mehrheit will Steuersenkung

INSA-Umfrage belegt: Thema wahlentscheidend

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt die Forderung der MIT nach Steuersenkungen. Nach einer repräsentativen Umfrage von INSA im Auftrag der MIT haben sich 86 Prozent dafür ausgesprochen, ein Drittel der erwarteten Steuermehreinnahmen für Steuersenkungen zu verwenden, so wie es die MIT vorschlägt. 48 Prozent sind nicht nur dafür, sondern das Thema ist für sie sogar wahlentscheidend. Allerdings stehen CDU und CSU nur für 22 Prozent der Befragten klar für Steuersenkungen, aus Sicht von 36 Prozent nur teilweise. Für gut 41 Prozent steht die Union gar nicht für Steuersenkungen. Die Union müsste sich also in dem Feld deutlicher positionieren, wenn sie Mehrheiten sucht.

INSA hat für die MIT die Einstellung auch zu anderen wirtschaftspolitischen Themen abgefragt. Dabei wurde nicht nur die Meinung der Bevölkerung abgefragt, sondern auch, wie wahlentscheidend sie das jeweilige Thema findet und wie sie die Union bei dem Thema sieht. Die Ergebnisse:

- In keinem der von der MIT vorgegebenen Themen (EU-Vertiefung, Betonung nationaler Interessen, Steuersenkungen, Energiepolitik, längeres Arbeiten im Alter) stehen CDU und CSU in den Augen der Befragten klar für die Position, die die Mehrheit vertritt.
- Beim Thema längeres Arbeiten/Flexi-Rente vertreten fast 70 Prozent die MIT-Position. Für mehr als die Hälfte dieser Befürworter ist das Thema auch wahlentscheidend. CDU/CSU werden dabei von 27 Prozent als Befürworter dieser Position gesehen, für 39 Prozent wenigstens teilweise. 34 Prozent sehen das Thema nicht von der Union vertreten.
- 64 Prozent der Befragten sind dafür, Erneuerbare Energien weiter zu fördern, selbst wenn dadurch der Strompreis für alle steigt. Nur 36 Prozent sind dagegen. Immerhin ist es nur für 25 Prozent der Befürworter zugleich wahlentscheidend und für 19 Prozent der Gegner. Und für nur 20 Prozent stehen CDU und CSU für das Thema Erneuerbare, für 40 Prozent teilweise und für 40 Prozent gar nicht.

Alle Befragungsergebnisse finden Sie unter folgendem Link: www.mit-bund.de/insa

Ich schätze
verlängerte
Zahlungsziele

Für mich
zählen Service
und Sicherheit

Ich möchte
Rückvergütungen

Kosten senken, Zeit sparen, Kontrolle ausbauen:
mit der Firmenkreditkarte, die mehr kann –
American Express® Business Gold Card.

- + Rückvergütungen und Belohnungen für alle Arten geschäftlicher Ausgaben
- + Bis zu 50 Tage Liquiditätsvorteil für mehr finanzielle Flexibilität
- + Kostenfreier 24/7-Service, sichere Online-Zahlungen, umfassende Versicherungsleistungen

Gleich online beantragen
und alle Vorteile sichern.



+



+

1. Jahr
beitragsfrei**



www.amex-business.de

* Nach Kartenerhalt und einem Umsatz ab 5.000 Euro innerhalb der ersten 3 Monate erhalten Sie einen Amazon.de Gutschein im Wert von 150 Euro geschenkt. (Amazon.de ist kein Sponsor der Werbeaktion.)

** American Express Business Gold Card: Hauptkarte 140 Euro Jahresgebühr, beitragsfrei im 1. Jahr.



Brauchen wir eine neue Einlagensicherung, die riskantes Handeln fördert?

Vertrauen verträgt kein Fragezeichen.

Für Stabilität. Für Sicherheit.

Für die Zukunft unserer Wirtschaft.

Wir sind das Land der Sparerinnen und Sparer – weil wir uns auf sichere Guthaben verlassen können. Doch dieser Standard ist bedroht durch die geplante zentrale Einlagensicherung der EU: In Zukunft sollen die Finanzmittel, die deutsche Kreditinstitute heute zur Absicherung ihrer eigenen Kunden bereitstellen, auch die Risiken fremder Banken abdecken. Die deutsche Wirtschaft stellt sich diesem Plan entgegen. Denn wer das Vertrauen der Sparer schwächt, der setzt die Stabilität der gesamten Wirtschaft aufs Spiel.

damit-sicher-sicher-bleibt.de [#sicherbleibtsicher](https://twitter.com/sicherbleibtsicher)

**DAMIT SICHER
SICHER BLEIBT**

INITIATIVE DER
DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
FÜR EINE WIRKSAME
EINLAGENSICHERUNG.



Schnelles Internet für den Mittelstand

In Deutschland wird derzeit hitzig über den Breitbandausbau diskutiert. Die Frage dabei ist: Welche Technologie, Vectoring oder Glasfaser, eignet sich für den Ausbau am besten und welche Auswirkungen hat die Entscheidung auf die Wettbewerbsfähigkeit von deutschen Unternehmen? Wir haben uns darüber mit Martin Witt unterhalten, Vorstandsvorsitzender der 1&1 Telecommunication SE.

Herr Witt, warum braucht der deutsche Mittelständler einen Glasfaser-Anschluss?

Martin Witt: In den letzten Jahren hat sich der Bandbreitenbedarf von Firmen um ein Vielfaches erhöht. IT-Outsourcing über Cloud-Dienste, digitale Produktionsabläufe oder vernetzte CRM-Anwendungen sind dafür nur wenige Beispiele. Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit von Internetanschlüssen werden in den nächsten Jahren immens steigen. Eine aktuelle Studie des Forschungsinstituts WIK prognostiziert, dass bis 2025 mindestens 75 Prozent der deutschen Haushalte Zugang zu Gigabit-Internet benötigen. Für Unternehmen wird von ähnlichen Werten ausgegangen. Das ist mit Kupferkabel nicht realisierbar, sondern ausschließlich mit Glasfaser. Von dem hierfür erforderlichen Ausbau von Gigabit-Netzen hängt mittelfristig die deutsche Wettbewerbsfähigkeit ab.

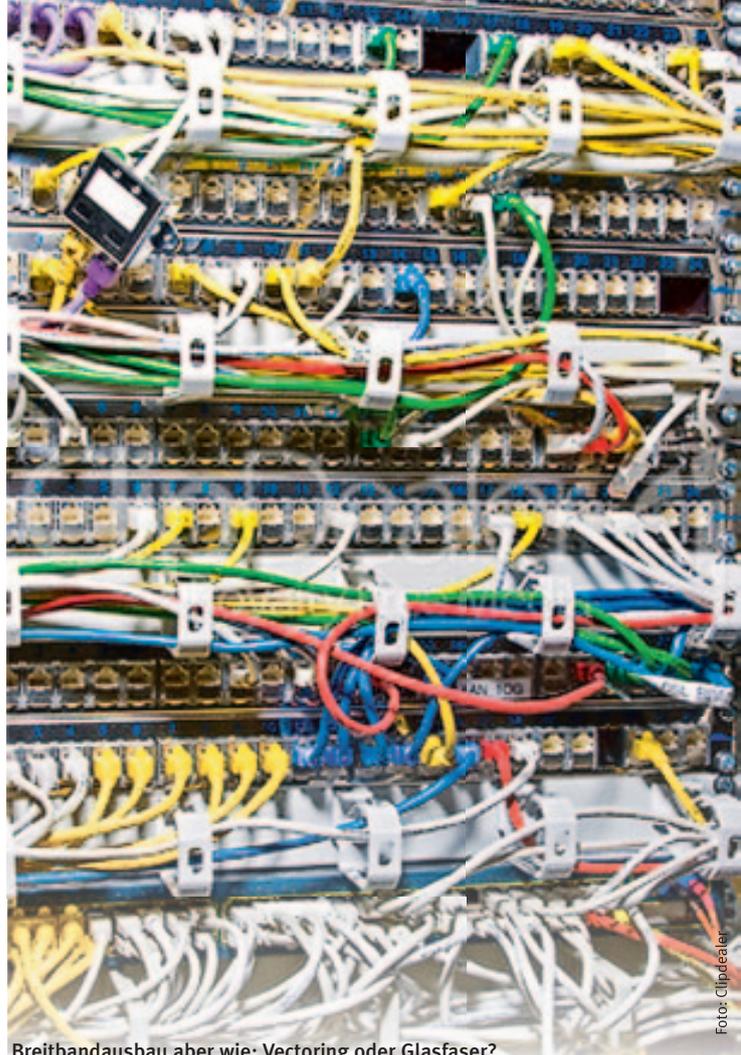
Wieso hängt die Wettbewerbsfähigkeit davon ab?

Witt: Schon heute merken wir, dass

die mangelnde Verfügbarkeit von Glasfaserdirektanschlüssen, also Glasfaser bis ans Gebäude oder sogar ins Büro, für kleine und mittelständische Unternehmen einen signifikanten Wettbewerbsnachteil darstellt, da die Potenziale der Digitalisierung mit Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette gar nicht oder nur unzureichend genutzt werden können. Auch im internationalen Wettbewerb um die attraktivsten Wirtschaftsstandorte droht Deutschland weiter an Boden zu verlieren. Heute liegen wir im Vergleich der Glasfasernutzung und Verfügbarkeit zurück und gehören der Schlusslichtgruppe der sieben EU-Länder mit einer Abdeckung von weniger als zehn Prozent an. Fast alle Länder setzen also auf die Zukunftstechnologie. Ein deutliches Alarmsignal wie ich finde!



Martin Witt, Vorstandsvorsitzender der 1&1 Telecommunication SE



Breitbandausbau aber wie: Vectoring oder Glasfaser?

Sie plädieren also für den Ausbau von Glasfaser-Netzen?

Witt: Langfristig ist dies der einzig richtige Weg. 1&1 ist heute der größte DSL-Anbieter nach der Telekom. VDSL-Vectoring spielt aktuell eine wichtige Rolle für uns im Privatkundengeschäft. Wir können damit Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/Sekunde anbieten. Aus unserer Sicht kann das aber nur eine Brückentechnologie sein. Deswegen haben wir vor zwei Jahren mit der damaligen Versatel GmbH den Anbieter des mit 41.000 Kilometer Länge zweitgrößten deutschen Glasfasernetzes gekauft, das schon heute in 250 Städten verfügbar ist und permanent ausgebaut wird. Damit sind wir jetzt auch Netzbetreiber. Darüber hinaus zahlt 1&1 als Diensteanbieter Vorleistungsentgelte an andere Netzbetreiber in Milliardenhöhe, und ermöglicht so wichtige Investitionen in den Infra-

strukturausbau. Wir sehen uns damit ganz klar als Treiber der Gigabit-Gesellschaft.

Wie schaut ihr Angebot für Firmenkunden aus?

Witt: 1&1 Versatel hat langjährige Erfahrung in der Bereitstellung von maßgeschneiderten Lösungen für Firmenkunden und verlegt die Glasfaserleitung bis ins Gebäude. Unser Angebot richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen, denen wir Anschlüsse mit einem Gigabit oder 500 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stellen.

Welche Bandbreite können sie bei Ihren Upgrade-Angeboten maximal realisieren?

Witt: Wir bauen für die Zukunft vor. Der Glasfaserdirektanschluss wächst mit den Bedürfnissen der Kunden. Wird mehr Leistung benötigt, können über die gleiche Leitung höhere Bandbreiten freigeschaltet werden. Aktuell ermöglichen wir bis zu 100 Gigabit pro Sekunde.

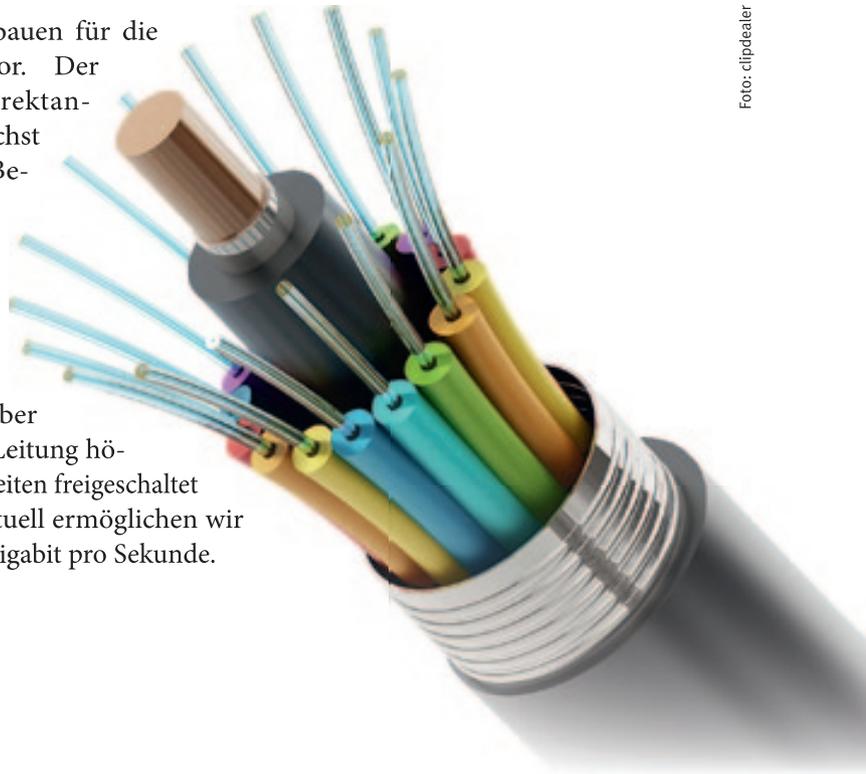


Foto: clipdealer

Lieber Mittelstand, reduzieren Sie jetzt Ihre Kosten beim Briefversand.



Ganz einfach nur ein Klick
und der Postbote stellt zu!

Profitieren Sie jetzt durch den digitalen Rechnungsversand von Deutsche Post.

- Weniger Porto- und Materialkosten sparen Ihnen bares Geld
- Kein Ausdrucken, Kuvertieren und Frankieren
- Briefzustellung per Postboten verbessert Ihren Zahlungseingang
- Rechnungen landen im Briefkasten und nicht im Spam-Ordner

Bis zu 35 % Kostenersparnis!*
Jetzt unter epost.de/SPARPOST
informieren und Termin vereinbaren

* Das Einsparpotenzial ist abhängig von verschiedenen Faktoren wie z.B. Material-, Prozess- und Portokosten. Wie hoch Ihr individuelles Einsparpotenzial ist, erfahren Sie unter epost.de/sparpost

Interview mit Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen

„Man entlastet die Leistungsträger, und das ist gerechtfertigt“

Professor Bernd Raffelhüschen leitet das Finanzwissenschaftliche Institut der Universität Freiburg. Das Institut hat das Steuerkonzept der MIT durchgerechnet und die umfassenden Entlastungswirkungen prognostiziert. Das Mittelstandsmagazin sprach mit dem Finanzwissenschaftler über die Vorschläge der MIT, die Kritik daran und weitere Reformansätze.

Manche kritisieren, wenn wir die Steuern senken, fehle das Geld für dringend notwendige Investitionen. Warum sollte es trotzdem eine solche Steuerreform geben?

Bernd Raffelhüschen: Es ist natürlich systematisch gerechtfertigt, den Freibetrag für das Existenzminimum von Kindern auf das anzuheben, was auch Erwachsene als Freibetrag haben. Jeder, der Kinder hat, weiß das. Und dann muss das Kindergeld für alle, die von dieser Steuerentlastung sonst nicht profitieren, auch entsprechend angepasst werden. Systematisch gerechtfertigt ist es auch, Pauschbeträge zu erhöhen, weil man die Jahrzehnte nicht an die Kostenentwicklung angepasst hat. Und dann gibt es den Entlastungsvorschlag im Einkommensteuertarif. Da muss man erst mal sehen: Einkommensteuerzahler sind eine Minderheit in Deutschland. Die meisten zahlen überhaupt keine Einkommensteuer. Das heißt, man entlastet mit dem Vorschlag die wirklichen Leistungsträger und das ist auch gerechtfertigt - eigentlich.

Aber?

Raffelhüschen: In einer Situation, in der wir mit unseren Ausgaben gerade eben so hinkommen, und das bei historisch höchsten Steuereinnahmen, steht auf der To-Do-Liste nicht als erstes die Steuerentlastung im Mittelstandsbereich, auch wenn sie sinnvoll ist. Sondern es steht als erstes auf der To-Do-Liste, die Ausgaben zu diskutieren. In der Politik klappt es doch nie, dass man zunächst Ausgaben deutlich kürzt und Lobbygruppen etwas wegnimmt, um dann zu überlegen, wie das gewonnene Geld am sinnvollsten verwendet werden kann. Deshalb muss Politik doch den Einnahmerahmen festlegen, um damit Druck auf die Ausgaben auszuüben.

Und deshalb würde ich als Politiker auch immer so argumentieren wie die MIT. Aber ich bin Wissenschaftler und da kann ich beschreiben, was ich für ökonomisch am sinnvollsten halte: erst Ausgaben kürzen, dann Steuern senken.

Aber die Steuereinnahmen werden nach den Schätzungen doch deutlich stärker steigen als die Ausgaben. Da muss doch etwas übrig bleiben.

Raffelhüschen: Stellen Sie sich doch einmal vor, die Konjunktur schwächt sich ab, gar nicht mal ins Minus, sondern nur ohne Steigerung. Und stellen Sie sich dann vor, dass wir nicht mehr die südeuropäischen Länder retten, indem wir einen Nullzins auf unsere Staatsanleihen legen, sondern dass Bund und Länder für ihre Schulden wieder Zinsen zahlen müssen. Dann werden wir sehen, dass wir bei der Ausgabenstruktur, die wir heute haben, mindestens 30 Prozent mehr Steuereinnahmen brauchen als heute.

Das heißt aber: Wenn die Rahmendaten so bleiben, werden eben doch die Steuereinnahmen drastisch steigen. Dann ist das Geld für Steuersenkungen doch da?

Raffelhüschen: Ja, wenn die Konjunktur ewig so brummt wie bisher und die Zinsen bei Null bleiben, dann wäre der richtige Schritt, jetzt eine Steuerreform zu machen.



Finanzexperte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Die MIT wirbt für ihr Konzept, weil es besonders mittlere Einkommen entlaste. SPD und Grüne behaupten, es entlaste vor allem Spitzenverdiener. Wer hat Recht?

Raffelhüschen: Das ist von SPD und Grünen dogmatisch. Wenn Menschen mit hohem Einkommen auch hohe Grenzsteuersätze haben, werden sie in Euro stärker entlastet. Aber relativ zu ihrem Einkommen werden sie weniger stark entlastet als kleine und mittlere Einkommensbezieher.

Jetzt gibt es von der OECD den Vorschlag, nicht nur die Einkommensteuer zu reformieren, sondern auch den niedrigen Mehrwertsteuersatz abzuschaffen. Was halten Sie davon?

Raffelhüschen: Davon halte ich sehr viel. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ist doch fatal. Warum soll ich Esel und Maultiere oder Nordsee- und Atlantikgarnelen unterschiedlich besteuern? Das macht doch alles keinen Sinn. Stattdessen sollten wir den ermäßigten Satz abschaffen und den dann einheitlichen Satz etwas absenken auf 17 oder 18 Prozent. Gesundheitsleistungen und Mieten sollten weiter mehrwertsteuerfrei bleiben, um ärmere Schichten nicht zu belasten.

Es mehren sich die Stimmen für eine Abschaffung der Abgeltungsteuer. Der Vorwurf: Sie begünstige mit ihrem Einheitssteuersatz von 25 Prozent Kapitaleinkommen gegenüber Arbeits-einkommen. Stimmt die Kritik?

Raffelhüschen: Das ist eine Neiddebatte von Unwissenden. Wir haben keine generelle 25-prozentige Besteuerung von Kapitaleinkommen, sondern nur von bestimmten. Dividenden werden mit 25 Prozent beim Empfänger besteuert, aber vorher ja schon mit 28 Prozent auf der Unternehmensebene. Das heißt wir haben dort einen Steuersatz, der höher ist als der Reichensteuersatz der Einkommensteuer.

Das Interview führte Thorsten Alsleben

EINE FESTE GRÖSSE IN DER UNTERNEHMENS-PLANUNG.

OCTAVIA COMBI

mtl. ab **220 €¹**



ŠKODA
SIMPLY CLEVER



Der ŠKODA OCTAVIA - unser Erfolgsmodell seit 20 Jahren.

Wer in der Geschäftswelt seine Ziele erreichen will, braucht die richtigen Fähigkeiten. So hat sich auch der OCTAVIA in seiner 20-jährigen Laufbahn mit Qualitäten wie Funktionalität, Sicherheit und einem überragenden Raumangebot als erste Wahl in unzähligen Flotten bewährt. Dank seines modernen Designs, zahlreicher Assistenzsysteme und innovativer Funktionen wie der Phonebox für kabelloses Laden ist er auch für die Zukunft bestens aufgestellt. **Planen Sie Ihre Zukunft mit dem OCTAVIA: Für eine Probefahrt und ein persönliches Angebot kontaktieren Sie unsere Business-Hotline unter 0800/25 85 855. Mehr auch unter skoda-geschäftskunden.de**

Unser Angebot:

ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW), inkl. Metalliclackierung und Businesspaket Amundsen

| | |
|--|-----------------------|
| Leasingrate, mtl. | 220,00 € ¹ |
| Wartung & Verschleiß PLUS-Aktion, mtl. | 24,00 € ² |
| ReifenClever-Paket, mtl. | 15,57 € ³ |
| Gesamtleasingrate, mtl. | 259,57 € |

¹ Berechnung des Ratenbeispiels und der Dienstleistungs-Ratenbeispiele: ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW), unverbindliche Preisempfehlung 22.521,01 € zzgl. MwSt., exkl. Überführungs- und Zulassungskosten. Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 20.000 km. Alle Raten zzgl. MwSt. Ein Angebot der ŠKODA Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig, nur gültig für Großkunden mit Rahmenabkommen der Volkswagen AG und bei Bestellung bis zum 31.12.2016. Bonität vorausgesetzt. ² Zzgl. MwSt., Wartung & Verschleiß PLUS-Aktion für eine Gesamtleistung bis zu 90.000 km. ³ Zzgl. MwSt., saison- und verschleißbedingter Reifenersatz ausgewählter Reifenfabrikate, wie z. B. Semperit, inkl. ein Satz ŠKODA Original Winterkomplettäder mit Stahlfelgen und Premiumbereifung (195/65 R15), Sommerreifen (205/55 R16). ²⁺³ Nur gültig in Verbindung mit einem neuen Geschäftsfahrzeugleasing-Vertrag bei der Volkswagen Leasing GmbH.

Kraftstoffverbrauch für Leasingangebot ŠKODA OCTAVIA Combi 1,6l TDI Ambition (81 kW) in l/100 km, innerorts: 4,5; außerorts: 3,5; kombiniert: 3,9. CO₂-Emissionen kombiniert: 101 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse A. Kraftstoffverbrauch für alle verfügbaren Motoren in l/100 km, innerorts: 8,4-4,2; außerorts: 5,7-3,5; kombiniert: 6,6-3,9. CO₂-Emissionen kombiniert: 154-101 g/km (gemäß VO (EG) Nr. 715/2007). Effizienzklasse C-A. Abbildung und Text enthalten Sonderausstattung.

Mindestlohn im Praktikum

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Für wen er gilt und was er bringt.

Wer erhält Mindestlohn?

Grundsätzlich hat jeder volljährige Arbeitnehmer Anspruch auf Mindestlohn. Dazu gehören auch Zeitarbeiter, Minijobber und Rentner.

Welche Ausnahmen gelten?

Ausgenommen sind alle „Nicht-Arbeitnehmer“, also Auszubildende, ehrenamtlich Tätige, Freiwilligendienstleistende, Teilnehmer einer Arbeitsförderungsmaßnahme, Heimarbeiter und Selbstständige. Zudem kann bei Langzeitarbeitslosen die ersten sechs Monate vom Mindestlohn abgewichen werden.

Wieso kein Mindestlohn für Minderjährige?

Dass Jugendliche unter 18 Jahren keinen Anspruch auf Mindestlohn haben, hat einen guten Grund: Schulabgänger, vor allem leistungsschwächere, sollen nicht dazu verleitet werden, einen besser bezahlten Job anzunehmen und dafür eine Ausbildung auszuschlagen.

Was ist mit Praktikanten?

Auch Praktikanten haben zunächst Anspruch auf Mindestlohn. Ausgenommen sind Pflichtpraktika für Schüler, Auszubildende oder Studenten. Bei freiwilligen Praktika unter drei Monaten besteht kein Anspruch, „wenn sie der Orientierung für die Ausbildung oder des Studiums dienen oder ausbil-

dungs- bzw. studienbegleitend geleistet werden“, so das Bundesarbeitsministerium.

Folgen für Praktikanten

Der Mindestlohn hat dazu geführt, dass viele Unternehmen nur noch (unbezahlte) Pflichtpraktika ausschreiben. Studenten und Azubis finden deshalb oftmals keine Praktikumsplätze mehr, was ihnen Zukunftschancen verbaut. Die MIT fordert deshalb, alle Praktika während des Studiums oder der Ausbildung vom Mindestlohn-Zwang zu befreien. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Wir haben nicht die Generation Praktikum, sondern in weiten Teilen das Praktikum selbst abgeschafft.“



wachsen MIT DER IBB

Aus Wissenschaft wird Wirtschaft.

IBB für Unternehmen: Die Mittelstandsförderer in Berlin.

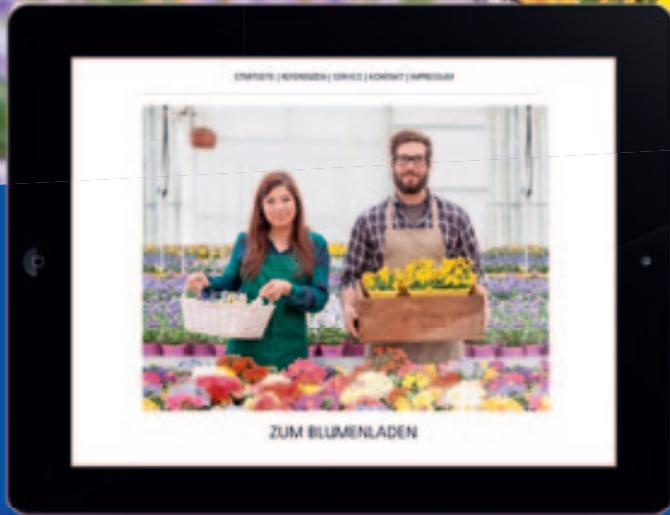
Ihr Unternehmen soll weiter wachsen – wir haben das Förderprogramm. Mit einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot unterstützen wir Sie dabei, Innovationen umzusetzen und Ihre Wachstumsziele zu erreichen. Sprechen Sie mit uns!

Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: wachsen@ibb.de
www.ibb.de/wachsen

 Investitionsbank
Berlin

Leistung für Berlin.

PROFESSIONELLE WEBSITES EINFACH SELBST ERSTELLEN.



1&1 MY WEBSITE

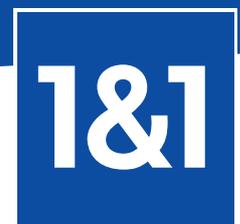
ab **0,99** €/Monat*

Wählen Sie aus branchenspezifischen Designs und erstellen Sie mit 1&1 MyWebsite Ihren professionellen Web-Auftritt.

- ✓ Ohne Vorkenntnisse
- ✓ Für alle Branchen
- ✓ Domain inklusive



DE: 02602/9691
AT: 0800/100668

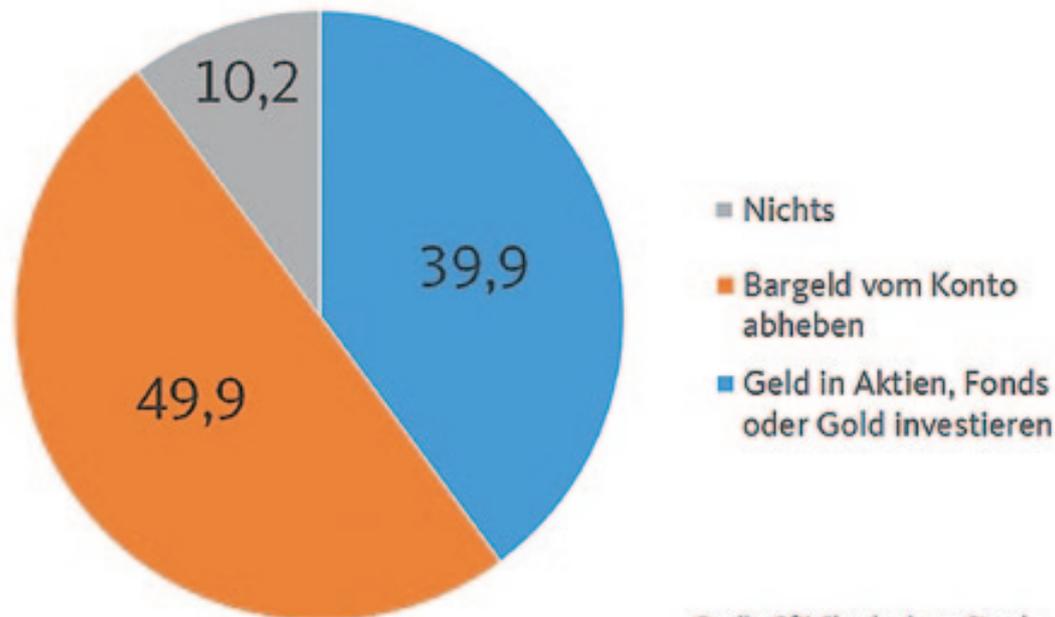


1und1.info

*Kündigung im ersten Monat jederzeit möglich. Preisvorteil bei 12 Monaten Vertragsbindung, z. B. das Basic-Paket bei 12 Monaten Mindestvertragslaufzeit nur 0,99 €/Monat inkl. MwSt., danach 9,99 €/Monat inkl. MwSt. Keine Bereitstellungsgebühr. 1&1 Internet SE, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur

Schreckgespenst Minuszinsen

Was würden deutsche Sparer bei flächendeckenden Negativzinsen tun?



Quelle: GfK, Flossbach von Storch

Eine GfK-Umfrage zeigt: Bei Minuszinsen würden viele Bundesbürger ihre Konten räumen

Noch zögert die deutsche Bankenlandschaft, Minuszinsen auf die Guthaben von Privatkunden zu schlagen. Doch die Front bröckelt: Erste Sparkassen und Raiffeisenbanken verlangen bereits „Verwahrentgelte“.

Der Gedanke ist kurios und stellt alle wirtschaftlichen Grundsätze auf den Kopf: Wer Geld anlegt, zahlt darauf einen Zinssatz, und wer Geld abhebt, kassiert Zinsen dafür. Minus- oder Negativzinsen sind Realität geworden in Deutschlands Bankenlandschaft. Einen großen Anteil daran hat die Europäische Zentralbank (EZB). Sie wirbelt seit Monaten mit ihrer Niedrigzinspolitik die Finanzmärkte durcheinander (Ausgabe 6/2016). Weltweit haben Notenbanken seitdem die Leitzinsen gesenkt mit dem Ziel, die Wirtschaft

anzukurbeln. Ist es deshalb nur eine Frage der Zeit, bis Banken die Negativzinsen an die Sparer weitergeben?

Das Tabu ist gebrochen

Im August machte die Raiffeisenbank Gmund am Tegernsee Schlagzeilen – als erste Bank, die „Strafzinsen von Reichen“ nimmt. Laut Bankchef Josef Paul sind weniger als 150 Kunden betroffen, die jeweils mehr als 100.000 Euro auf Giro- oder Tagesgeldkonten parken. Schließlich müsse auch die Bank 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen, wenn sie ihr Geld über Nacht bei der EZB parke. Diese Gebühr übertrage die Raiffeisenbank nun auf die Privat- und Firmenkunden. Tatsächlich war aber die Deutsche Skatbank die erste deutsche Bank, die negative Einlagezinsen für Pri-

vatkunden erhebt – allerdings erst ab einer Gesamteinlage von drei Millionen Euro. Auch Sparkassen wollen Negativzinsen nicht mehr ausschließen. Doch sogenannte „Verwahrentgelte“, wie sie am Tegernsee erhoben werden, müssen dort bislang nur Geschäftskunden für Summen im Millionenbereich zahlen. Die meisten Banken begnügen sich deshalb mit Preiserhöhungen. So führte kürzlich die Postbank erstmals ein Online-Konto mit einer monatlichen Grundgebühr ein.

Aus Sicht des Bundesverbands der Verbraucherzentrale (vzbv) sind negative Zinsen rechtswidrig. Zwar könnten Negativzinsen bei Neuverträgen ausdrücklich vereinbart werden, meint Klaus Müller, Vorstand des vzbv. „Dann aber noch von einem Sparkonto zu

sprechen, wäre nicht nur widersinnig, sondern auch klar irreführend“, so Müller.

Drei-Säulen-Modell in Gefahr

Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) sieht wegen der Niedrigzinsen gar die Drei-Säulen-Struktur der deutschen Bankenbranche bedroht. Sie zeichnet sich bislang durch die Trennung in die Säulen Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Institute und Privatbanken aus. „Wir werden das deutsche Modell so nicht halten können“, sagte BdB-Präsident Hans-Walter Peters kürzlich der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Er erwarte eine baldige Konsolidierung. Das deutsche Bankenmodell habe zwar den Vorteil, auf die Bedürfnisse von unterschiedlich großen Unternehmen eingehen zu können. Doch laut Peters leiden die deutschen Banken besonders unter den Niedrigzinsen, da ihr Geschäft mehr vom Zins abhängig sei als in anderen Ländern. Daher seien bald auch Fusionen zwischen den Säulen

den denkbar. „Wenn sich der negative Zins nachteilig auf die Banken auswirkt, hat das auch negative Folgen für die Konjunktur“, sagte Peters. An einer starken Wirtschaft mit starken Banken müsse auch die EZB ein Interesse haben.

Flächendeckende Negativzinsen unwahrscheinlich

Dass Negativzinsen flächendeckend für Privatkunden oder Mittelständler eingeführt werden, damit rechnet jedoch kaum jemand. Zu groß ist die Angst vor einer Kapitalflucht. Diesen Schluss legt auch eine Umfrage des Marktforschungsinstituts GfK nahe. Jeder Zweite gibt an, im Falle von Niedrigzinsen Bargeld abheben zu wollen. 40 Prozent würden ihr Geld in Aktien, Fonds oder Gold umschichten. Bloß jeder Zehnte gab an, nicht handeln zu wollen. Dabei zeigte sich, dass der Trieb, im großen Umfang Bargeld abzuheben, umso größer ist, je geringer das frei verfügbare Einkommen ist. Und im Umkehrschluss: je größer der Reichtum der Bürger, desto größer auch die Neigung, in Produktivkapital zu investieren. Ausgerechnet die schlechte Zinslage könnte die Bundesbürger also am Ende dazu verleiten, ihr Ersparnis sinnvoller anzulegen.

Hubertus Struck

Industriespionage? Schützen Sie Ihre Daten und Kommunikation mit den Sicherheits- lösungen der Bundesdruckerei.

**KOSTENLOS
DOWNLOADEN**

**Alle Lösungen und
Whitepaper auf
unserer Website.**

Digital_werden. Sicher_bleiben.

Die Sicherheitslösungen der Bundesdruckerei schützen sensible Daten sowohl innerhalb als auch außerhalb Ihres Unternehmens vor Diebstahl und Manipulation. Damit gewinnen Sie Vertrauen auch bei Ihren Geschäftspartnern.

www.bdr.de/digitalisierung

PRO: „Jeder sollte wissen, welchem Staat seine Loyalität gilt“

Für mich ist ganz klar: Die doppelte Staatsbürgerschaft gehört abgeschafft. Wer Deutscher wird, muss seine frühere Staatsbürgerschaft aufgeben. Eine doppelte Staatsbürgerschaft kann nur die Ausnahme und nicht der Regelfall sein. Nur diejenigen Einwanderer, die lange in Deutschland leben und sich gut integriert haben und sich zu unseren Werten und Prinzipien – Grundgesetz, Demokratie und Frauenrechte - bekennen, können die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Man kann jedoch nicht Loyalität zu zwei Staaten haben und gleichzeitig alle Rechte des jeweiligen Staates in Anspruch nehmen. Wie befremdlich ist es, dass Mustafa Yeneroglu als AKP-Abgeordneter, der die doppelte Staats-



Peter Erl (57) ist Mitglied des MIT-Bundesvorstands sowie Bezirksvorsitzender der Mittelstandsunion Niederbayern (CSU). Darüber hinaus ist er Mitglied im CSU-Bezirksvorstand Niederbayern und Mitglied im CSU-Kreisvorstand Deggendorf. Der selbstständige Unternehmer ist Inhaber und Geschäftsführer der Firma Josef Erl, Hoch- und Tiefbau.

bürgerschaft besitzt, die autoritäre Gesinnung des türkischen Präsidenten Erdogan bei öffentlichen Auftritten in Talkshows vertritt. Wessen Herz für Erdogan schlägt und wer für ihn und seine AKP auf die Straße geht, sollte eine klare Entscheidung treffen, welcher Staatsbürger er sein wolle.

Wer bei uns lebt und Deutscher sein will, muss auch unsere Kultur und Traditionen akzeptieren und sich zu 100 Prozent zum deutschen Staat bekennen. Wenn jemand ein Problem damit hat, sein Gesicht offen zu zeigen, mit einem Christuskreuz in Räumen oder unserer Gesetzgebung, dann sollte derjenige wieder dorthin zurückgehen, wo diese Werte seiner Gesinnung entsprechen. Es passt einfach nicht, dass zum Beispiel Türken mit deutschem Pass die roten Türkei-Fahnen in Deutschland bei Demonstrationen schwenken. Jeder sollte wissen, welchem Staat seine Loyalität gilt. Unvorstellbar, dass sich ein Deutscher all die Rechte, die sich Einwanderer mit der doppelten Staatsbürgerschaft bei uns in Deutschland nehmen, dies in deren Herkunftsländer tun würden; wahrscheinlich wäre er dort sehr schnell nicht mehr auf freiem Fuß.

Der deutsche Pass ist kein Ramschartikel, deshalb ist auch die Forderung der Grünen völlig abwegig, dass jedes in Deutschland geborene Kind automatisch den deutschen Pass erhält. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut.



Soll die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft werden?

Nach einer Großdemonstration von 40.000 Anhängern des türkischen Präsidenten am 31. Juli 2016 in Köln wurde die Diskussion über die doppelte Staatsbürgerschaft neu entfacht. Während die Innenminister von CDU/CSU die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft als „großes

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! U können Sie darüber abstimmen, ob die dopp soll. Über das Endergebnis der Umfrage info Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie tenlos abonnieren.



(Foto: Fotolia)

e Staatsbürger- afft werden?

Integrationshindernis“ verlangen, will die Bundesregierung an den bestehenden Regelungen festhalten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Soll die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft werden? Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft werden ermieren wir Sie im MIT:NEWSLETTER. Sollten ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kos-

CONTRA: „Migranten hätten die Möglich- keit, sich in Deutschland besser zu integrieren“

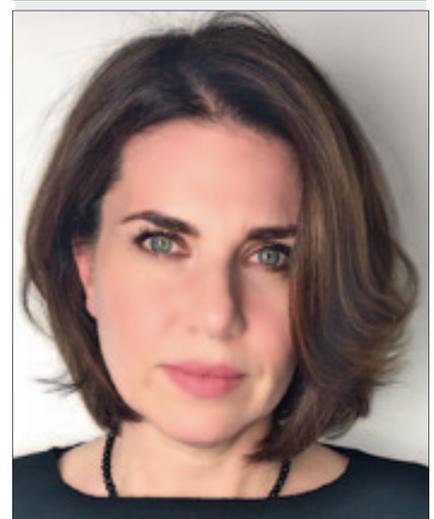
Meiner Meinung nach wäre es ein großer Rückschritt für die Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund, wenn die doppelte Staatsbürgerschaft abgeschafft würde. Um diese Sichtweise zu verstehen, muss man sich mit der Geschichte der Gastarbeiter in Deutschland sowie die zweite und dritte Generation auseinandersetzen. Ihre Eltern sind mit dem Traum nach Deutschland gekommen, ein paar Jahre hier zu arbeiten und mit dem erarbeiteten Geld zurück in die Heimat zu gehen, um dort ein besseres Leben zu führen. Doch durch politische und soziale Einschränkungen gab es nicht viele Möglichkeiten, sich in Deutschland sprachlich oder sozial zu integrieren.

Der Traum der Heimat hingegen blieb und prägte sich auch in das Gedächtnis der zweiten und dritten Generation ein. Die zweite Generation der Gastarbeiter lebt zwischen zwei Welten. Wir wurden hier geboren und sprechen sowohl die deutsche Sprache als auch unsere Muttersprache. Wir haben zu Hause die Kultur unserer Eltern kennengelernt und gleichzeitig die deutsche Kultur angenommen, die wir in unserem Alltag leben. Wir sind Deutsche mit ausländischen Wurzeln.

Die Generation, die in Deutschland geboren wurde, die deutsche Sprache beherrscht, sich in der deutschen Kultur und deutschen Tugenden wiederfindet, in Deutschland integriert ist, aber durch ihre Herkunft zu ihren Wurzeln verbunden bleibt,

sollte ein Anrecht auf die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Dennoch sollte die doppelte Staatsbürgerschaft mit gewissen Einschränkungen verbunden sein. Jeder Bürger sollte das Grundgesetz des Landes akzeptieren und respektieren. Bestimmte Rechte, wie zum Beispiel das Wahlrecht, sollten auf das Land beschränkt werden, in dem der Bürger gemeldet ist.

Durch die doppelte Staatsbürgerschaft hätten Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, sich in Deutschland besser zu integrieren und sich nicht gegen ihre Wurzeln entscheiden zu müssen. Sie dürften beide Länder und Kulturen lieben, weil sie sich mit beiden Staaten verbunden fühlen.



Emine El-Mahmoud, geb. Akgedik (44) wurde am 8. Februar 1972 in Berlin geboren. Ihre Eltern stammen aus Izmir/Türkei. Sie ist verheiratet und hat 2 Kinder (19 und 14). Sie ist MIT-Mitglied und führt als selbstständige Friseurmeisterin einen Friseur-Salon in Berlin Charlottenburg.

Und eine UG ist doch eine GmbH

*OLG Köln; Beschluss vom
03.11.2015; 28 Wx 12/15*

Die sogenannte Unternehmergesellschaft (UG) mit beschränkter Haftung ist eine rechtliche Unterform der GmbH. Und eine GmbH treffen diverse Offenlegungspflichten, zum Beispiel im Hinblick auf Jahresabschlüsse. Eine „UG“ reichte nun aber nicht ihre Rechnungsunterlagen beim Register ein und wurde prompt mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 2.500 Euro bedacht. Die Vertreter der UG meinen, dass sie nicht die Pflichten, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten, treffen würden.

Das sieht das Oberlandesgericht Köln nun aber ganz anders. Die Richter bestätigen, dass es keine verfassungsrechtlichen Bedenken gebe, da letztendlich die Unternehmergesellschaft i.S.d. § 5a GmbHG nur eine schlichte Variante und Unterform der GmbH und gerade keine eigene Rechtsform sei.

Die „UG“ wird also als reine Untervariante der GmbH von deren Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresabschlusses und von der Offenlegungspflicht erfasst. Und das hat auch seinen guten Grund. Das OLG führt dazu aus: Die Offenle-

gungspflichten erhöhen in Umsetzung zwingender europarechtlicher Vorgaben die Transparenz und Publizität der buchhalterischen und finanziellen Situation der davon betroffenen Unternehmen. Sie stellen praktisch eine Kehrseite der besonderen Haftungsprivilegierung der Kapitalgesellschaften dar und dienen der Verwirklichung eines effektiven Schutzes von Gläubigern und Rechtsverkehr. Diese Überlegungen gelten angesichts des weitgehend ausfallenden Mindeststammkapitals aber dann gerade auch für die UG.

Die Instandhaltungsrücklage als spezielles Vermögen

*BFH; Urteil vom 02.03.2016;
II R 27/14*

Wer schon einmal eine Eigentumswohnung gekauft hat, wird wissen, dass die Instandhaltungsrücklage, die der Voreigentümer bei der Verwaltung angespart hat, „mitverkauft“ wird. Oft wird der Anteil im Notarvertrag gesondert ausgewiesen, um so dem Käufer zu ermöglichen, einen Teil der Grunderwerbsteuer zu sparen.

Der Bundesfinanzhof (BFH) rückt nun von seiner bisherigen Rechtsprechung etwas ab. Die Grund-

erwerbsteuer fällt auch an, wenn jemand Eigentumswohnungen ersteigert. Rechtlich ersteigert er Sondereigentumsanteile. So war es auch in dem zu entscheidenden Fall. Der Kläger wollte die Instandhaltungsrücklage aus der Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer heraushalten, also Steuern sparen. Der BFH folgte jedoch seiner Argumentation nicht und wies die Revision des Klägers zurück.

Beim Erwerb einer Eigentumswohnung im Wege der Zwangsversteigerung ist das Meistgebot als Bemessungsgrundlage der Grunderwerbsteuer nicht um die anteilige Instandhaltungsrückstellung zu mindern. Eine Aufteilung des Meistgebots in Grund und Boden und Rücklage entsprechend den Grundsätzen zur Aufteilung einer Gesamtgegenleistung ist nur dann geboten, wenn die Zwangsversteigerung Gegenstände umfasst, deren Erwerb nicht der Grunderwerbsteuer unterliegt und für die das Gericht eine gesonderte Zwangsversteigerung anordnen könnte.

Bei einer Eigentumswohnung ist aber Gegenstand der Versteigerung das Sondereigentum an der Wohnung in Verbindung mit dem Miteigentumsanteil an dem gemeinschaftlichen Eigentum, zu dem es gehört. Die Instandhaltungsrücklage gehört nicht dazu, sie kann ja auch nicht separat ersteigert werden.

Die anteilige Instandhaltungsrückstellung ist vielmehr Teil des Verwaltungsvermögens der Wohnungseigentümergeinschaft und damit nicht Vermögen des von der Zwangsversteigerung betroffenen Wohnungseigentümers. Sie ist damit Vermögen eines anderen Rechtssubjekts, nämlich der Wohnungseigentümergeinschaft.



Foto: Clipdealer

Porsche 911 Carrera 4S Mehr Komfort, alter Sound



Der 911er: Facelifting und Allradantrieb

Die Überarbeitung des Porsche 911 geht mit den Allradmodellen in die nächste Runde. Carrera 4 und der stärkere Carrera 4S sollen mit Benzindirekteinspritzung, Doppelkupplungsgetriebe und neuer Allradtechnik sparsamer und leistungsfähiger werden. Seit

einem knappen Jahr stehen die Sportwagen als Cabrio und Coupé zu Preisen ab 89 600 Euro beim Händler.

Der Einstiegs-Boxermotor leistet nach der Umstellung auf Direkteinspritzung aus 3,6 Litern Hubraum 254 kW/345 PS, das sind 20 PS mehr als bislang. Der Ver-

brauch sinkt laut Hersteller auf 10,1 Liter Super Plus pro 100 Kilometer. Das 3,8-Liter-Triebwerk legt um 30 PS zu und bringt es auf 283 kW/385 PS Leistung, der Verbrauch soll 10,7 Liter betragen. Für die Kraftübertragung sorgt serienmäßig eine manuelle Sechsgang-Schaltung, gegen Aufpreis ist ein Doppelkupplungsgetriebe erhältlich, das die bisher angebotene Wandlerautomatik ersetzt.

Äußerlich sind die modellgepflegten Allradvarianten unter anderem an neuen LED-Scheinwerfern und -Heckleuchten sowie an einem Reflektorband am Heck zu erkennen. Auf der Optionsliste findet sich nun ein Navigationssystem mit berührungsempfindlichem Bildschirm.

Fazit: Ansonsten alles wie gehabt und wieder komfortabler, Limousinen typischer, auch der Preis, wie man ihn kennt (unser Testwagen kostet rund 120.000 Euro), glücklicherweise geblieben ist der Sound, der typische.

Günter F. Kohl

Skoda Innovationstreiber im VW-Konzern

SKODA hat den 100.000sten Superb der dritten Generation produziert. Das Jubiläumsfahrzeug lief im tschechischen KODA Werk vom Band. Seit Einführung des Modells im Jahr 2001 stellte der osteuropäische Automobilbauer insgesamt mehr als 850.000 Superb her. Für die Produktion des Flaggschiffs wurden die Fertigungskapazitäten erweitert und modernisiert. Denn das Topmodell begeistert Kunden weltweit.

Kein Wunder: Der Name Superb steht für eines der besten und erfolgreichsten Fahrzeuge der automobilen Mittelklasse und für den Innovationstreiber im gesamten VW-Konzern. Noch nie flossen so viele neue Technologien in die Entwicklung eines Modells ein. Wohl selten gab es so viele pfiffige Ideen und neue Assistenzsysteme aus hö-



Skoda Superb, der Hecht im Karpfenteich der beliebten Außendienst-Modelle

heren Fahrzeugklassen für mehr Sicherheit, Umwelt und Komfort.

Ob gekühltes Handschuhfach oder Mittelkonsole, jede Menge Zurrhaken im Kofferraum, ein Knirps in der Fahrertür, ein Laptop-Halter an der Rückseite des Beifahrersitzes selbst Kugelschreiber mit Haltern vorne und hinten – alles spricht für die Liebe der Ingenieure zum Detail.

Fazit: Der Superb in seiner Kombi-Version ist der direkte Konkurrent des VW Passat Variant, der Mercedes C-Klasse und verschiedener anderer Modelle, die sich bei Außendienstlern und Handwerkern seit Jahren besonderer Beliebtheit erfreuen. Dieser Superb ist mal wieder der Hecht in diesem Karpfenteich.

G. K

Markantes Design, Luxus-Innenraum mit Platz für bis zu sieben Insassen



Ein Siebensitzer aus Schweden, den seine chinesischen Besitzer mit allem erdenklichen Komfort ausgestattet haben

Foto: Volvo

Mit dem Volvo XC90 startet der schwedische Hersteller von Premium-Automobilen in ein neues Zeitalter. Die zweite Modellgeneration des erfolgreichen Oberklasse-SUV basiert als erstes Fahrzeug auf der skalierbaren Produkt-Architektur (SPA), die die Grundlage für viele künftige Modelle bildet.

Neue Wege beschreitet der als Fünf- und Siebensitzer erhältliche Volvo XC90 auch bei Design und Antrieben. Wegweisend ist das Premium-SUV auch auf dem Gebiet der Sicherheit, einem Aspekt, den man immer noch mit dem schwedischen Autohersteller, der sich seit Jahren in chinesischem Besitz befindet, assoziiert. Mit dem

serienmäßigen Safety System, das alle Geschwindigkeitsbereiche abdeckt und bei Tag und Nacht funktioniert, verfügt das Volvo Flaggschiff über eine einzigartige präventive Sicherheitsausstattung. Der umfassende Notbremsassistent trägt dazu bei, Zusammenstöße mit anderen Fahrzeugen – auch im Kreuzungsbereich – sowie Fußgängern oder Radfahrern ganz zu verhindern oder zumindest die Unfallfolgen signifikant zu verringern. Auch große Wildtiere erkennt das System.

Mit Beginn des Modelljahres 2017 baut Volvo das Sicherheitsniveau des Premium-SUV weiter aus. Dazu zählt allen voran das neue Pilot Assist System, das ein teilautonomes Fahren bei Geschwindigkeiten bis 130 km/h erlaubt und auch dann funktioniert, wenn kein anderes Fahrzeug vorausfährt.

Fazit: Das richtige Auto für Landlords mit mittelgroßer Familie und einem stets geräumigen Parkplatz. Für im Trabi-Format geplante ostdeutsche Parkhäuser eher weniger geeignet. G. K.

ANZEIGE



Das schönste Geschenk

Alle Jahre wieder: Weinflaschen, Kalender und weitere „Aufmerksamkeiten“. So gut weihnachtliche Firmenpräsente gemeint sein mögen – wer braucht sie eigentlich wirklich?

Diese Frage stellten sich auch die Verantwortlichen der RECA NORM GmbH aus Kupferzell. „Wir haben uns vor drei Jahren entschieden, auf Kundengeschenke an Weihnachten zu verzichten und dieses Budget stattdessen einem guten Zweck sinnstiftend zur Verfügung zu stellen.“ (Svenja Schoenenberg Projektverantwortliche bei RECA NORM). Seitdem unterstützt das Direktvertriebsunternehmen SOS-Kinderdorf jährlich in Form einer großzügigen Weihnachtsspende. Dadurch wurde es unter anderem möglich, im SOS-Dorfgemeinschaftshaus Hohenroth die Schlosserei zu modernisieren und die Wohnbereiche mit barrierefreien Bädern auszustatten. Das bedeutet: direkte Hilfe, die wirkt.

Ein Gewinn für alle Seiten

Auch 2016 können Unternehmen bei der Aktion „Spenden statt Schenken“ verschiedenste Projekte fördern: von dringend notwendigen Sanierungen in den regionalen SOS-Kinderdörfern deutschlandweit bis hin zu Bildungsprojekten – auch im Ausland. Ebenso vielfältig sind die Vorteile, die sich aus einer Zusammenarbeit mit SOS-Kinderdorf ergeben. Dank umfangreichem

Kommunikationsmaterial – von Bildern über Banner bis hin zum Partner-Signet – haben Sie die Gelegenheit, Ihr Engagement in die Öffentlichkeit zu tragen.

Folgen Sie daher in diesem Jahr dem Beispiel von RECA NORM sowie zahlreichen anderen Unternehmen – und machen Sie Kindern weltweit gemeinsam mit SOS-Kinderdorf ein unbezahlbares Geschenk: Freude.

Sie möchten mit Ihrem Unternehmen die Arbeit von SOS-Kinderdorf unterstützen? Wir beraten Sie gerne:



Team Unternehmenskooperationen SOS-Kinderdorf e.V.

Telefon: 089 12606-288
 unternehmen-helfen@sos-kinderdorf.de
 www.sos-kinderdorf.de/unternehmen



in.de

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben



Schluss mit den Steuerdeals

Mit dem Urteil gegen Apple hat die Kommission ein richtiges Zeichen für den Mittelstand gesetzt. Die Kommission hat die Steuerdeals zwischen Apple und der irischen Regierung als unzulässige Staatsbeihilfen erklärt. Apple hatte eine effektive Steuerrate von 0,005 Prozent erhalten. Besonders für den Mittelstand ist dies inakzeptabel. Denn bei Steuersätzen für KMU von bis zu 40 Prozent ist das eine 8.000-mal höhere Steuerrate als die für multinationale Konzerne. Irland muss die rechtswidrige Beihilfe in Höhe von 13 Milliarden Euro nun zurück-

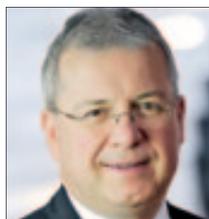
fordern. Neben Apple schiebt die Kommission durch weitere Untersuchungen auch den Steuertrickereien anderer Großkonzerne wie Amazon, Starbucks und McDonald's derzeit einen Riegel vor.

Niedergang des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Spanien und Portugal ist es bisher nicht gelungen, ihre großen Defizite abzubauen. Trotz der Verfahren wegen übermäßigen Defizits im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen sie keine Geldstrafen zahlen. Mit dieser Entscheidung ist der Rat einer Empfehlung der Kommission gefolgt. Zwar ist es nun Aufgabe der Kommission, dem Rat einen Vorschlag über eine Teilaussetzung der Mittelzusagen im Rahmen der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für 2017 zu unterbreiten, der Stabilitätspakt als eine Säule einer stabilen europäischen Wirtschaft trägt aber erheblichen Schaden davon. Er wurde bewusst vom Europäischen Parlament nach der Finanzkrise verschärft. Durch die Annahme der Kommissionsempfehlung läuft der Stabilitäts- und Wachstumspakt Gefahr, nur noch Schall und Rauch zu sein.



Die Jury



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage und Geburtstage für Oktober 2016

Mit dieser Chronik will das MittelstandsMagazin an wissenswerte Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Monat „runden“.

08.10.

1991: Eugen Drewermann wird die katholische Lehrerbildung entzogen (vor 25 Jahren)



11.10.

1956: Der Bundestag beschließt die Einführung des Verkehrszentralregisters (vor 60 Jahren)

14.10.

1941: Das Bernsteinzimmer wird nach Deutschland verschleppt (vor 75 Jahren)



16.10.

1946: Hinrichtung von Kriegsverbrechern in Nürnberg (vor 70 Jahren)

19.10.

1956: Größtes Rechenzentrum Europas geht in Frankfurt am Main in Betrieb (vor 60 Jahren)

20.10.

1946: Landtagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone (vor 70 Jahren)

23.10.

1956: Beginn des ungarischen Volksaufstands (vor 60 Jahren)



7.10.

1966: Scheitern der CDU/CSU-FDP Koalition (vor 50 Jahren)

Fotonachweise:
Fotos: Wikipedia/Amrei-Marie/Fortepan/N. Gyula

Deutscher Mittelstandspreis 2016

Meist feiert man sich an Parlamentarischen Abenden selbst - wir haben gemeinsam mit 400 Gästen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, den

Na sta sta



Rolf Koschorrek, Gerda Hasselfeldt, Hans Michelbach



Carsten Linnemann, Johannes Ludewig



Oswald Metzger, Andreas Sobotta



Claus Mayer, Daniel Hackenjos, Joachim Pfeiffer, Bernhard Feßler



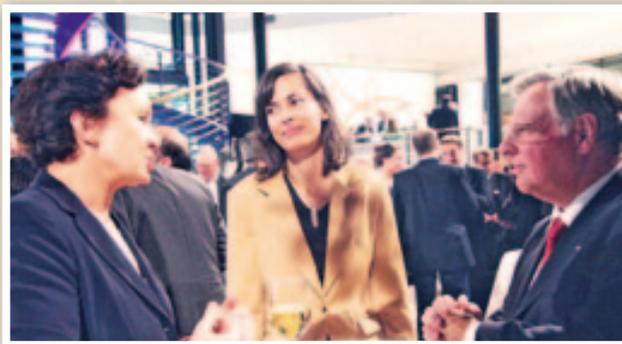
Finn Hänsel, Alessandro Heep, Caroline Bosbach, Lucia Neumann, Christoph Müller-Guntrum



Die Preisträger und Laudatoren des Deutschen Mittelstandspreises



Peer Steinbrück



Andrea Verstejl, Sonja Jost, Wolfgang Marx



Reinhard Völker, Berthold Jost, Pilar May, Claus Ullrich, Elke Jesinghausen



Gitta Connemann



Franziska Erdle

ationalen Normenkontrollrat und das Umzugs-
artup Movinga mit dem Deutschen Mittel-
andspreis 2016 ausgezeichnet.

400 Gäste beim Parlamentarischen Abend der MIT



Peer Steinbrück, Ingeborg Schäuble, Wolfgang Schäuble



Wolfgang Schäuble



Thomas Bareiß, Andrea Verpoorten, Josef Rief, Christian von Stetten



Marisa Doppler, Frank Müller, Conrad Clemens



Peer Steinbrück, Wolfgang Schäuble, Carsten Linnemann



Wolfgang Schäuble, Carsten Linnemann



Jens Spahn, Peer Steinbrück, Thomas Geppert, Ingrid Hartges



Andreas Wimmer



Christoph Müller-Guntrum, Nadine Schön, Finn Hänsel

KREISVORSITZENDENKONFERENZ

Alle zwei Jahre kommen die MIT-Kreisvorsitzenden zusammen, um sich zu vernetzen und Ideen für die politische Arbeit auszu-



Am Tag vor der Kreisvorsitzendenkonferenz war FDP-Chef Christian Lindner (Mitte) zu Gast beim Bundesvorstand



Volker Kauder



Hans Michelbach, Thorsten Alsleben



Peter Götz



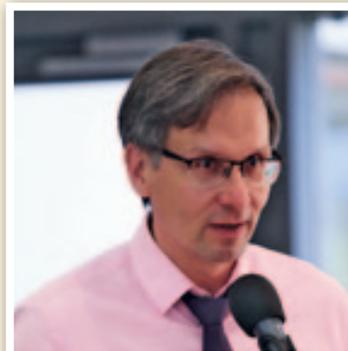
Ulrich Lange, Stefan Bierfischer



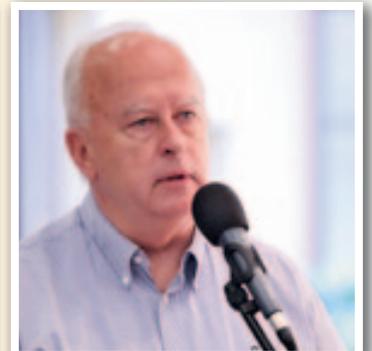
Stephan Werthschulte



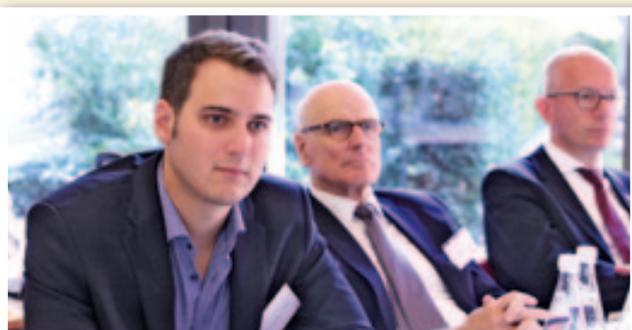
Rainer Kiank, Sabine Campe, Andreas Sobotta



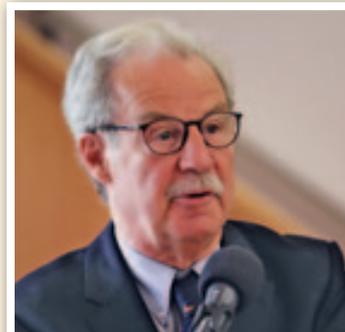
Christian Fuchs



Thomas Schmatz



Alessandro Heep, Albrecht Geier, Oliver Zander



Eberhard Krings

tauschen. Als hochinteressante Diskussionspartner standen den Kreisvorsitzenden Unionsfraktionschef Volker Kauder und Meinungsforscher Hermann Binkert zur Verfügung.



Carsten Linnemann



Werner Vogel, Günter Reisner



Hermann Hesse



Sabine Campe



Volker Kauder



Heinz-Jürgen Kronberg



Wolf Dieter Schlapka



Hermann Binkert



Harald Uhlig, Hans-Peter Pohl



Henning Wins, Thomas Bareiß

Bayerns Justizminister Winfried Bausback, V
sprachen vor über 200 Gästen zur aktuellen



Jutta Leitherer und Peter Götz mit dem früheren Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und Gattin



Peter Götz, der bay. Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL, Bernhard Kösslinger



Grußwort von Christan von Stetten



DEHOGA Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert (links) und Würzburgs MdB Paul Lehrieder (rechts)



Sommerempfang der MU Bayern an der Würzburger Residenz - über 200 Gäste erlebten einen ganz besonderen Abend und die Reden von prominenten Gästen: Bayerns Justizminister Winfried Bausback, MdL, Wolfgang Bosbach, MdB und dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand im Bundestag, Christian Freiherr von Stetten, MdB.

Die MU hatte schon in der Einladung die aktuellen Fragen der Flüchtlings- und Sicherheitspolitik bewusst mit der Wirtschaftspolitik verbunden: Wie geht es nach der Brexit-Entscheidung weiter mit Europa und dem Euro? Wie schützen wir uns vor Islamismus und Terror? Wie leisten wir die notwendigen Integrationsmaßnahmen? Diese Herausforderungen und Aufgaben kann der Staat nur leisten mit einer starken Wirtschaft – und deshalb braucht es massive Entlastungen von Bürgern und Betrieben, Mittelstand und Mittelschicht.



MU-Vorsitzender Hans Michelbach, MdB und Unterfrankens MU-Vorsitzende Jutta Leitherer konnten als weitere Gäste aus Bundestag und Landtag be-



Jutta Leitherer

Empfang 2016 –

Wolfgang Bosbach und Christian von Stetten Sicherheits- und Wirtschaftspolitik



Justizminister Winfried Bausback und Jutta Leitherer



MU trifft JU mit Stephan Ebner, Sabrina Stemplowsky und Daniel Nagl



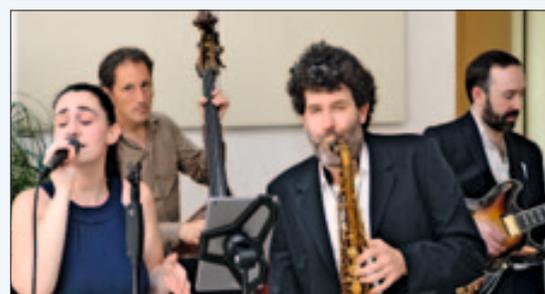
Niederbayern in Würzburg – Peter Erl, Franz Scherl, Hubert Girschitzka, Gudrun Zollner MdB



Katrin Albsteiger MdB, Jutta Leitherer, Axel Altstötter, Dr. Thomas Geppert und Wolfgang Heim



Jutta Leitherer und Hans Michelbach MdB bei der Begrüßung



grüßen: die MU-Vorstandsmitglieder Katrin Albsteiger, MdB, Gudrun Zollner, MdB und Steffen Vogel, MdL, aus Würzburg Paul Lehrieder, MdB und Oliver Jörg, MdL Würzburgs Oberbürgermeister Christian Schuchardt und viele Unternehmer und Vertreter der Kammern und Verbände.

Die starke Resonanz und die Stimmen der Gäste bestätigten das Alleinstellungsmerkmal und den Netzwerkcharakter der MU: Sie ist mit rund 4.000 Meinungsmachern und Entscheidungsträgern in der CSU die Stimme für Mittelstand, Mittelschicht und Marktwirtschaft direkt in Politik und Parlamenten.

In den späteren Abend, nach dem Ende des offiziellen Teils, drangen die Nachrichten über den Amoklauf in München – nach dem Attentat von Würzburg die zweite Schreckenstat in Bayern in kurzer Zeit – eine schlimme Bestätigung der Ausführungen der Redner und Gesprächsgäste, nach der die Sicherheit der Bürger auch in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik an erster Stelle stehen muss.



und Hans Michelbach mit Wolfgang Bosbach

Wirtschaftsministerin besucht MIT-Unternehmerfrühstück



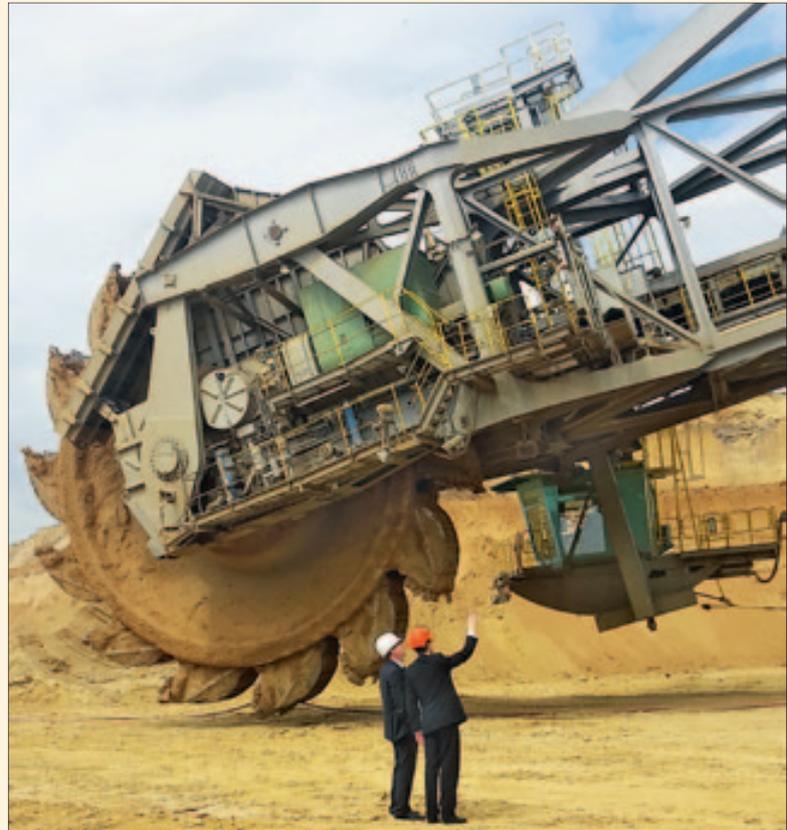
„Man muss 25 Jahre zurückblicken, um in einer baden-württembergischen Regierung einen CDU-Wirtschaftsminister zu finden“, so Gregor Wick, MIT-Chef in Karlsruhe-Stadt. Nun stellt die CDU mit Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL die Wirtschaftsministerin. Sie war von der MIT und der CDU-Gemeinderatsfraktion eingeladen worden, um über ihre ersten 100 Tage im Amt zu berichten. Den Rahmen bildete das MIT-Unternehmerfrühstück, an dem mehr als 80 Unternehmer und Selbstständige teilnahmen. Die Unternehmerin wusste, wo der Schuh drückt: bei Bürokratie, flächendeckender Digitalisierung und dem Fachkräftemangel.

Neuer Kreisvorstand gewählt - Jörg Rudolph im Amt bestätigt



Kürzlich wählte die MIT Göttingen einen neuen Kreisvorstand. Alter und neuer Vorsitzender ist Jörg Rudolph. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Hans-Henning Eilert und Marlies Schügl, als Schatzmeister Helmut Illie, als Pressewart Jörg Hoffmann gewählt. Als Beisitzer komplettieren den Vorstand Harm Adam, Peter Heimbs, Frank Nothnagel, Mario Schlichting und Peter Schulz. Die Wahlen leitete der Hauptgeschäftsführer der Niedersachsen-MIT, Andreas Sobotta. Der Vorstand werde sich zeitnah konstituieren und die Terminplanung für 2016/2017 abstimmen, so Jörg Rudolph.

Kommission Energie zu Gast bei MIBRAG



Auf Einladung der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft (MIBRAG) fand die Sitzung der Kommission Energie in Profen bei Zeitz statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand die heimische Braunkohle, die aus Gründen der Versorgungssicherheit mittelfristig ein wichtiger Energieträger bleibt. Nach der Befahrung des Braunkohletagebaus setzte die Kommission ihre inhaltliche Arbeit fort. Dabei kam erneut das Thema Steuern zur Sprache. Die EEG-Umlage und die darauf anfallende Mehrwertsteuer stelle eine erhebliche Belastung für private und gewerbliche Stromverbraucher dar. Es wurde angemahnt den MIT-Beschluss, keine Steuern auf Steuern zu erheben, umzusetzen.

NEU

Nutzen auch Sie die Möglichkeit, auf der Internet-Seite der MIT Bund und gegebenenfalls im MittelstandsMagazin über Ihre Veranstaltungen, Initiativen und politischen Erfolge zu informieren. Bitte reichen Sie Ihre Beiträge über unser Online-Formular ein: www.mit-bund.de/basis

Gelungener 13. Jahresempfang



Am 26. August 2016 traf sich der sächsische Mittelstand zu seinem 13. Jahrestreffen bei den Sächsischen Binnenhäfen Oberelbe in Riesa. Mit mehr als 220 Besuchern war das Sommerfest eine gelungene Veranstaltung in leicht mediterraner Atmosphäre. Neben der Präsentation der Leistungsfähigkeit der unterstützenden Firmen stand der Netzwerkgedanke im Mittelpunkt des Jahresempfangs. Besondere Bedeutung im Hinblick auf die Vernetzung von Politik und Wirtschaft erlangte die Veranstaltung durch die Teilnahme von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere sowie MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben.

Die vorderen Plätze angepeilt



Beim diesjährigen Sommerfest der MIT Bergstraße gab es Grund zum Feiern. Bei einer bundesweit aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der MIT veranstalteten Mitgliederwerbung konnte die MIT Bergstraße mit einer Tageswerbung von acht neuen Mitstreitern den zweiten Platz belegen. MIT-Betriebsvorsitzender Oliver Roeder überreichte dazu eine Urkunde und unterstrich, dass die Bergstraße nun auch auf hessischer Ebene Einzug in die vorderen Plätze gehalten habe. Der Bergsträßer Erfolg sei in der guten Arbeit vor Ort begründet; mittlerweile engagierten sich 109 Mittelständler in der MIT.

„Infrastruktur ist die beste Wirtschaftsförderung“



Die MIT Oldenburg-Land hat im August den Sprecher der CDU-Fraktion für regionale Wirtschaftsförderung und ehemaligen niedersächsischen Minister für Inneres, Uwe Schünemann, eingeladen, um ein Impulsreferat zur Debatte über die Wirtschaftsförderung zu halten. Statt dem Mittelstand das Leben schwer zu machen, sollten Bund, Länder und Gemeinden verstärkt Investitionen in die Infrastruktur vornehmen - gerade in Zeiten reich gefüllter Kassen. Konkret müsse Niedersachsen viel mehr tun, um den Ausbau der Glasfasernetze für die Telekommunikation voranzutreiben. Andere Bundesländer seien in diesem Punkt wesentlich weiter.

Ein Update zur Flüchtlingspolitik

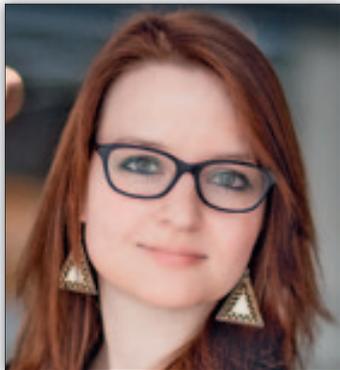


Ein volles Haus, ein sachkundiger Referent sowie ein schöner Veranstaltungsort - aber ein ernstes Thema und nachdenkliche Mienen beim Publikum während des Vortrags: Heiko Hendriks MdL gab der MIT Rheinisch-Bergischer Kreis ein Update zur Flüchtlingspolitik. Die Zahlen waren wenig erfreulich. Hendriks erläuterte, man könne zwar Grenzübertritte zählen, aber wie viele wirklich ins Land gekommen seien, wisse niemand: „Ich glaube, dass der humanitäre Akt, Menschen, die im Regen in Ungarn standen, bei uns aufzunehmen, richtig war. Aber eine Grund-Registrierung hätte erfolgen können. Ich bin Anhänger der EU, aber es ärgert mich, dass jeder Staat nur an sich denkt.“

Ich bin in der MIT, weil ...

„... die mittelständischen Unternehmen nicht nur das Rückgrat unserer Wirtschaft sind, sondern dort auch die Wertschöpfung in unserer Gesellschaft eine besondere Initialzündung erfährt.“

Ronja Schmitt MdB



Ronja Schmitt (27) ist das jüngste Mitglied des 17. Deutschen Bundestages. In ihrer Schulzeit begann sie sich in der Jungen Union und der CDU zu engagieren, unter anderem weil die Christdemokraten das durchlässige Bildungssystem gegen die Experimentierfreude der linken Parteien verteidigt haben. 2010 wurde Schmitt zur JU-Kreisvorsitzenden in Calw gewählt. Sie hat in Tübingen und Lund Wirtschaftswissenschaften und in Hohenheim und Pavia Volkswirtschaftslehre studiert. 2012 wurde Schmitt zur Landesvorsitzenden des RCDS Baden-Württemberg gewählt. Im Dezember 2014 ist sie in den Deutschen Bundestag nachgerückt und vertritt dort seitdem den Wahlkreis Ulm. Sie ist Mitglied im Europaausschuss und Berichterstatterin für Energie und Verkehr sowie Länderberichterstatterin für Italien. Außerdem ist sie Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union und im Landesvorstand der JU. Sie wohnt in Erbach (Alb-Donau-Kreis) und ist verlobt. Im Juli nominierte die CDU Alb-Donau/Ulm Schmitt zur Kandidatin für die kommende Bundestagswahl.

Ronja Schmitt ist im Juni 2016 in die MIT Alb-Donau/Ulm eingetreten.

„... sie die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft überzeugend und kraftvoll vertritt.“

Dr. Angelika Westerwelle

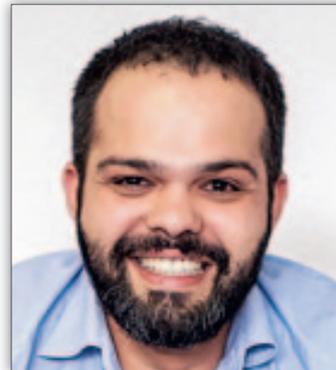


Angelika Westerwelle ist Geschäftsführerin der LANAX Management GmbH, einer Beteiligungsgesellschaft für Mittelstandsfirmen. Sie ist zudem als Beirat im Mittelstand und als Aufsichtsrat bei Tyman PLC, London aktiv. Angelika Westerwelle verfügt über langjährige Erfahrungen als Geschäftsführerin weltweit aufgestellter mittelständischer Unternehmen, unter anderem der RMG Gruppe in Kassel. Davor war sie als Beraterin für die Boston Consulting Group und Alix Partners tätig. Seit 2008 ist sie ehrenamtlich Mitglied der Monopolkommission und seit 2015 Vorstandsvorsitzende des FIW-Forschungsinstituts für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb e.V. Angelika Westerwelle ist in Bielefeld aufgewachsen, ihr BWL-Studium schloss sie als Diplom-Kaufmann mit einer anschließenden Promotion an der RWTH Aachen ab. Im Jahr 1990 erwarb sie als McCloy-Stipendiatin an der Harvard Universität einen Master in Public Administration und 1986 einen Master of Philosophy in International Relations in Cambridge.

Angelika Westerwelle ist im Juni 2016 in die MIT Bielefeld eingetreten.

„... ich mit meinem Team helfen möchte, die Digitalisierung zu meistern“

Halil Mandal



Halil Mandal (35) ist Mitgründer der smoope GmbH. Das Unternehmen hat sich darauf spezialisiert, Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Kommunikation zu unterstützen. Halil Mandal ist Deutsch-Türke und ist mit seiner Frau und zwei Kindern seinen Wurzeln in Esslingen am Neckar treu geblieben. Nach seiner Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann im Lebensmittelbereich entschied er sich für einen Karrierewechsel und den Schritt in die Selbstständigkeit. Als Kundenberater für Finanzdienstleistungen lernte er, kundenzentrierten Vertrieb und unternehmerische Chancen zu erkennen. 2009 gründete er ein Mobilfunkunternehmen, dessen Geschäftsführung er bis zum Jahre 2014 innehatte. Er arbeitete im süddeutschen Raum erfolgreich mit Telekommunikationsriesen wie Vodafone, Deutsche Telekom und O2 zusammen. Aus dem Bedarf, Kundenbindung in seinem Unternehmen fit für das mobile Zeitalter zu machen, resultierte letztlich die Gründung der smoope GmbH. Das Unternehmen wird seit 2014 u.a. vom Hightech Gründerfonds unterstützt.

Halil Mandal ist im Juli 2016 in die MIT Böblingen eingetreten.

NEUES AUS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Bundesgeschäftsstelle 4.0



Die MIT-Bundesgeschäftsstelle verfügt jetzt über einen 3D-Drucker. Der weltweit erste im Baukastensystem konstruierte 3D-Drucker wurde uns vom Unternehmen Fischertechnik kostenlos zur Verfügung gestellt. Es kostete ein wenig Zeit, den Bausatz zusammenzufügen, aber das Ergebnis kann sich sehen lassen: Innerhalb weniger Minuten konnten wir uns kleine Plastikteile wie einen Einkaufschip mit MIT-Logo selbst „ausdrucken“. Dabei werden dünne Fäden aus geschmolzenem (und sehr preiswertem) Plastik geschichtet. Vom 3D-Drucker können sich unsere Gäste und Besuchergruppen ab sofort selbst ein Bild machen – und mit etwas Geduld auch einen MIT-Schlüsselanhänger ausdrucken lassen.

Vom 3D-Drucker können sich unsere Gäste und Besuchergruppen ab sofort selbst ein Bild machen – und mit etwas Geduld auch einen MIT-Schlüsselanhänger ausdrucken lassen.

Video zur MIT:FUTURA 2016

Die zweite Auflage der MIT:FUTURA war ein voller Erfolg. Rund 800 Gäste strömten am 4. Juli 2016 in das KOSMOS in Berlin, um an der Innovation Interaction mit 40 Rednern teilzunehmen. Nun können Sie über den Link www.mit-bund.de/video-mitfutura-2016 mit einem dreiminütigen Video noch einmal einen Rückblick auf die erfolgreiche Veranstaltung werfen. Wir wollen die MIT:FUTURA auch 2017 wieder durchführen. Wenn Sie sich schon heute als Partner, Aussteller, Unterstützer oder Sponsor anmelden möchten, schreiben Sie eine Nachricht an Astrid Jantz: jantz@mit-bund.de



MIT in den Medien

Der Wirtschaftsflügel der Union sieht in der Flexi-Rente, die das Bundeskabinett am Mittwoch auf den Weg bringen will, ein „längst überfälliges Signal in der Rentenpolitik“. „Wir geben den Menschen endlich das Recht, selbst entscheiden zu können, ab wann sie sich als Rentner sehen.“
MIT zur Flexi-Rente, 14. September, AFP

„Mit Steuererhöhungen löst man keine Probleme. Sie regen nur die Fantasie für neue Ausgaben an.“
Carsten Linnemann, 13. September, Passauer Neue Presse

„Die Kluft zwischen den politischen Eliten und dem Wähler ist in diesen Zeiten so groß wie nie.“
Carsten Linnemann, 5. September, Spiegel Online

„Klar ist, dass wir den Leistungsträgern Überschüsse durch Steuerentlastungen zurückgeben müssen und wollen.“
Hans Michelbach, 25. August, Rheinische Post



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

15. Oktober, 10:00 Uhr

Junge Union Deutschlandtag
„Industrie 4.0. – Aufbruch made in Germany“
Paderborn

18. Oktober, 12:30 Uhr

Bundesverband Paket & Expresslogistik e.V.
„Wirtschaftspolitik in Deutschland – Antworten der MIT“
Berlin

21. Oktober, 18:00 Uhr

Mittelstands Union Oberbayern
„Wirtschaftspolitische Perspektiven für ein starkes Deutschland“
Ammersee

26. Oktober, 08:00 Uhr

Wirtschaftsrat Nordrhein-Westfalen
„Mittelstandspolitik in Deutschland - Quo vadis?“
Gütersloh

26. Oktober, 18:00 Uhr

Kreishandwerkerschaft Paderborn-Lippe
„Handwerk und Mittelstand“
Paderborn

27. Oktober, 09:00 Uhr

Wirtschaftsrat Paderborn
„Mittelstandspolitik in Deutschland - Quo vadis?“
Paderborn

27. Oktober, 19:30 Uhr

MIT Ostwestfalen-Lippe
„MIT:GESTALTEN - Mittelstandspolitik erfolgreich umsetzen“
Bad Lippspringe

28. Oktober, 18:00 Uhr

MIT Itzehoe
„Wirtschaftspolitische Perspektiven für ein starkes Deutschland“
Itzehoe

29. Oktober, 10:00 Uhr

Junge Union Schleswig-Holstein
„Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Flüchtlingskrise, Demographie und Digitalisierung“
Husum

BLEIBEN SIE INFORMIERT MIT DEM MIT:NEWSLETTER!

Schreiben Sie eine E-Mail an mail@mit-bund.de und Sie erhalten zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Alle 14 Tage informieren wir Sie über Initiativen, Inhalte und Interna der MIT. Selbstverständlich dienen Ihre Daten ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.

Wählerverluste der Union sind kein Kommunikationsproblem „Es sind die Inhalte – stupid!“

Seit der Bundestagswahl vor drei Jahren hat die Union ein Viertel ihrer Wähler verloren. Mecklenburg-Vorpommern und Berlin sind nur die jüngsten, schmerzlichen Menetekel. Abermals eine Regierungsbeteiligung weniger. Dass Angela Merkel nun endlich von ihrem „Wir-schaffen-das-Satz“ abrückt, zeigt den Ernst der Lage. Ob alle in der Führung der Union daraus allerdings die richtigen Schlüsse ziehen, darf man getrost bezweifeln. Diesbezüglich sind ihnen viele ihrer (ehemaligen) Wähler weit voraus. Sie wenden sich schon seit längerem ab und nun in Scharen der AfD und jüngst auch der FDP zu. Diese Wählerabwanderung großen Stils als „Kommunikationsproblem“ (Motto: „Wir haben unsere Politik nicht richtig erklärt!“) zu bagatellisieren, ist ziemlich vermessen. Es ist töricht, AfD-Wähler, die einmal die eigenen waren und die man schließlich gern zurückgewinnen möchte, als geistig unterbelichtet zu erklären. Schließlich reklamieren Wechselwähler für sich zahlreiche inhaltliche Gründe, die es zu respektieren gilt.

Auch an dieser Stelle wurde in den letzten Jahren immer wieder darauf verwiesen, dass die Union nicht annähernd so viele Wähler am linken Rand gewinnt, wie sie billigend in Kauf nehmend oder gar gewollt am rechten verliert.

Was mich als Unions-Mitglied und –Wähler, der nie im Leben die AfD wählen würde, bekümmert, ist folgendes:

- ▶ wer in der Merkel-CDU den Atomausstieg für übereilt und die Energiewende für schlecht gelungen hält,
- ▶ die Abschaffung der Wehrpflicht kurzfristig nennt und

- ▶ als Praktiker und ehrenamtlicher Betreuer in der Flüchtlingsarbeit die Politik der Kanzlerin realitätsfern findet,

dem hält man entgegen, er rede wie die AfD, bediene den „rechten Rand“ und kämpfe um die Lufthoheit über den Stammtischen. Kurz: Er sei von vorgestern.

Aber wenn jemand

- ▶ gegen Stuttgart 21 wettet oder als Grüner Verantwortungsträger der Grundsteinlegung des neuen Bahnhofs fernbleibt,

- ▶ die „Einmischung des Westens“ in Syrien und in der Ukraine kritisiert

▶ gegen ein Burka-Verbot ist und nichts dagegen hat, dass Leute am Kölner Dom wild campen und an seinen Mauern urinieren, so hält man demjenigen **nicht** entgegen, er rede, wie das „Neue Deutschland“ schreibt, er bediene den „linken Rand“ oder kämpfe um die Lufthoheit über den Stammtischen der Ex-Stasi-Kamarilla. Kurz: Er ist Deutschlands Hoffnung.

Bei der Bundestagswahl 2013 holte die AfD gut zwei Millionen Zweitstimmen (4,7 %). Bei der Wahl im nächsten Jahr werden ihr durchaus zehn Prozent zugetraut, also rund fünf Millionen Stimmen – ca. 70 Sitze im neuen Bundestag. Alles „Schmuddelkinder“ – diese Wähler?

**Die Überschrift lehnt sich bewusst an das bekannte Zitat von Bill Clinton an: „It's the economy, stupid!“*



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer
Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Nielsen I, II, VI, VII
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09

Nielsen III a, III b, IV, V

KDH Medienservice
Karin Dommermuth-Hoffmann
Tel. 0261 / 394 953 36, Fax 0261 / 394 953 37

Titel-Foto: dpa / picture alliance

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz / Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

AUSBILDUNG IN DER AUTOMATENWIRTSCHAFT

Zukunft unternehmen!



Automatenfachmann/-frau

Fachrichtung Dienstleistungen
oder Mechatronik

3-jährig (IHK Abschluss)

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT



Informationen unter
www.automatenberufe.de



Alles Wichtige mach' ich selbst!

LEXWARE

Einfach machen

Erst recht, wenn es um meine Finanzen geht.

Buchhaltung, Aufträge, Rechnungen oder Lohn und Gehalt: Mit Lexware haben Sie mit einem Klick alle Geschäftszahlen selbst im Blick – im Büro, zu Hause oder unterwegs. Egal, ob Sie das erste Mal mit Buchhaltung zu tun haben oder Vollprofi sind. **Jetzt 4 Wochen kostenlos testen!** www.lexware.de